:antifaschistische nachrichten Nr. 19

g 3336 22.9.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Schönhuber kandidiert für die NPD in Dresden

DRESDEN. Für die Nachwahl in Dresden am Wochenende 2. Oktober kandidiert für die NPD nun Franz Schönhuber als Ersatz für die verstorbene Kandidatin Kerstin Lorenz. Schönhuber, ehemaliger Vorsitzender der Republikaner und Ex-Europaabgeordneter, schreibt regelmäßig Kolumnen für das rechtsextreme Monatsmagazin „Nation& Europa“, über Jahre auch für die „National-Zeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey. Seit Anfang des Jahres berät er die sächsische NPD-Landtagsfraktion im Bereich Medien und Europafragen. In einem Interview, das er der NaZe vom 16. September 2005 gibt, erklärt Schönhuber, die Kandidatur sei für ihn eine Frage der Solidarität gegenüber der verstorbenen „Aktivistin“, die sich „stets für ein Zusammenwirken aller patriotischen Kräfte“ eingesetzt habe. Lorenz war zunächst wie Schönhuber auch Mitglied der „Republikaner“. NPD-Vorsitzender Udo Voigt habe ihn gefragt und er habe sich „in die Pflicht genommen“ gefühlt.

Gefragt, was er im Wahlkampf fordern werde, antwortet Schönhuber: „Erstens: Schluss mit der Volksverdummung in den Medien! Zweitens: Statt Politiker-Quasselrunden in Funk und Fernsehen mehr Einsatz für deutsche Arbeitsplätze! Drittens: Für Recht und Ordnung – gegen Korruption und Gewalt! Viertens: Mehr Mitmenschlichkeit – gegen Ausbeutung und Raffgier! Und jetzt kommt ein mir besonders wichtiger Punkt: Ende der Verteufelung der Kriegsgeneration! Keine andere deutsche Stadt ist derart autorisiert, dies zu verlangen, wie die Opferstadt Dresden.“ Den sog. „Trauermarsch“ zum 60. Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 13.2. dieses Jahres hatte Schönhuber mit Frey und Voigt angeführt. *u.b.* ■

– Hartz-VI-Parteien ohne Mehrheit – – Linkspartei mit starker Fraktion im Bundestag – NPD sichert sich mit 1,6 % Wahlkampfkostenerstattung –

Vorläufiges Endergebnis der Bundestagswahl für das gesamte Bundesgebiet

Zweitstimmen		2005	2002
Berechtigt	61 597 724		
Abgegeben	47 879 927	77,7	79,1
Gültig	47 028 745		
SPD	16 148 240	34,3	38,5
CDU	13 096 556	27,8	29,5
CSU	3 494 564	7,4	9,0
Grüne	3 826 194	8,1	8,6
FDP	4 619 519	9,8	7,4
Linkspartei	4 086 134	8,7	4,0
NPD	743 903	1,6	0,4
REP	266 317	0,6	0,6
Die PARTEI	10 300	0,0	-
PSG	15 365	0,0	-
Pro DM	10 307	0,0	-
BP	35 404	0,1	0,0
MLPD	45 166	0,1	-
DIE FRAUEN	27 637	0,1	0,1
Tierschutz	110 468	0,2	0,3
BüSo	35 068	0,1	0,0
GRAUE	198 271	0,4	0,2
50Plus	10 539	0,0	-
Deutschland	9 631	0,0	-
AGFG	20 448	0,0	-
ZENTRUM	4 035	0,0	0,0
Offensive D	3 342	0,0	-
PBC	108 266	0,2	0,2
Familie	191 400	0,4	0,1
APPD	4 220	0,0	-

Bundesergebnis ohne Ergebnis des Wahlkreises 160 Dresden wegen Nachwahl.

„Wenn auch zur Stunde noch kein abschließendes bundesweites Ergebnis vorliegt, so können wir dennoch stolz auf unser Ergebnis sein. Wir haben auf Bundesebene das beste Wahlergebnis der NPD seit 1969 erzielt“, – ist seit gestern Abend, 18.9. auf der Homepage der NPD zu lesen. Das vorläufige Endergebnis ist jetzt da, und richtig, die NPD hat mit 1,6 % ihr bestes Ergebnis seit 1969, aber das reicht nicht für den nach der Sachsenwahl schon fast sicher geglaubten Einzug in den Bundestag. Und auch das Ziel, eventuell in der Sächsischen Schweiz Direktkandidaturen zu gewinnen, hat nicht funktioniert.

„Wären wir gleichberechtigt in den Medien zu Wort gekommen, wären wir zweifellos auch im Reichstag“, beschönigt Parteivorsitzender Udo Voigt das Ergebnis, um das Parteivolk gleich auch auf die im Herbst 2006 stattfindende Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern zu orientieren. Dort habe man beste Voraussetzungen nun den Einzug in den Landtag zu schaffen.

Betrachtet man die Ergebnisse in den Bundesländern im Einzelnen wird deutlich, dass tatsächlich kein Grund zur Entwarnung besteht. Die NPD konnte in sämtlichen Bundesländern ihr Ergebnis verbessern, sowohl bei den Erststimmen, dort wo sie KandidatInnen aufgestellt hatte, als auch bei den Zweitstimmen. Einmal dadurch, dass sie diesmal flächendeckend antrat, zum anderen aber, weil sie offensichtlich sich in einigen Regionen inzwischen dauerhaft verankern konnte, sich auf Strukturen vor Ort stützen kann, die dann auch bessere Wahlergebnisse zufolge haben.

So erzielte sie in Sachsen, dem Bundesland, wo sie im letzten Jahr mit 12 Abgeordneten in den Landtag einziehen konnte, ihr mit Abstand bestes Ergebnis: 4,9 % (122.716 Stimmen) gegenüber 1,5 % im Jahr 2002 (35545 Stimmen), der Erststimmenanteil liegt noch höher: 5,1 % = 127977 Stimmen. In einzelnen Orten der sächsischen Schweiz etwa liegen die Stimmergebnisse für die Kandidaten über 10 %, aber auch der Zweitstimmenanteil bei 7,8%.

In Thüringen kam die NPD auf beachtliche 3,7 %, in Mecklenburg-Vorpommern auf 3,5 %, in Brandenburg auf 3,2 %, in Sachsen-Anhalt auf 2,5 %, im Saarland auf 1,8 und in Berlin auf 1,6 %. Nordrhein-Westfalen bildet mit 0,8 % das Schlusslicht, aber auch hier kommt die NPD in einzelnen Städten wie Aachen, Duisburg, Mönchengladbach, Essen, Bochum und Dortmund wie schon bei der Landtagswahl auf bessere Ergebnisse.

Die REP konnten sich von vornherein kein gutes Ergebnis ausrechnen, traten sie doch nur in 9 Bundesländern an, 0,6 % ist exakt der Prozentsatz, den sie auch 2002 erreichen konnten, selbst in ihrer einstigen Hochburg Baden-Württemberg sind es nur 1,1 %. Der Druck von Seiten der Mitgliedschaft auf die Parteiführung, sich dem „Deutschland-Pakt“ von NPD und DVU anzunähern, wird durch dieses Ergebnis sicher noch zunehmen.

Der ehemalige CDU-Rechtsaußen Hohmann, der als Einzelkandidat antrat, hat den Einzug in den Bundestag nicht geschafft. Er holte 22,2 % der Stimmen in seinem Wahlkreis, in seiner Heimatstadt Neuhof wählten ihn 47,6 %.

Bleibt festzuhalten, dass die Aufgabe, Faschismus, Rassismus und Antisemitismus im Alltag entgegenzutreten, nicht nur aktuell bleibt, sondern verstärkt werden muss, damit Parteien wie die NPD nicht noch weiter Fuß fassen können. Auf parlamentarischer Ebene könnte die neu erstarkte Fraktion der Linkspartei mit dafür sorgen, dass Gelder für Projekte gegen Rechtsextremismus, für Opferberatungsstellen, für Jugendprojekte gegen Rechts nicht gestrichen sondern erhöht werden. Und dass das Antidiskriminierungsgesetz, das auf Eis gelegt wurde, endlich auf den Weg gebracht wird. *u.b.* ■

Inhalt:

Rechten Lifestyle abschalten! 5
21.9.: Bundeswehreinsatz am Kölner Dom 8

ÖLM will erweitern

ÖSTERREICH/WIEN. Die deutschtümelnde „Österreichische Landsmannschaft“ (ÖLM) will ihren Vereinssitz in der Wiener Fuhrmannsgasse ausbauen. Künftig sollen dort auch Vorträge, Ausstellungen, Musikveranstaltungen und private Feste möglich werden. Der „Begegnungsort“ ÖLM soll „die persönliche und emotionale Bindung zur Landsmannschaft und unter den Mitglieder verstärken helfen“, heißt es in einem Schreiben an die Mitglieder des Vereins und der Leser des Vereinsorgan „Der Eckart“. Zur Finanzierung dieses Bauprojekts bietet der Verein nun Spendenbausteine an. *hma* ■

Abgesegnet

ROM/VATIKAN. Papst Benedikt XVI. hat die erst kürzlich am Petersdom aufgestellte fünf Meter hohe Marmor-Statue des Gründers der umstrittenen katholischen Laienorganisation „Opus Dei“, Josemaria Escriva de Balaguer, gesegnet. Zuvor hatte u.a. der Bischof Javier Echevarria von „Opus Dei“ eine Ansprache gehalten.

Ende August hatte sich der Papst in Castelgandolfo mit dem „Generaloberer“ der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, Bernhard Fellay, getroffen. Der oberste Vertreter der Anhänger des exkommunizierten Bischofs Marcel Lefebvre (1905-1991), der noch 1991 wegen „rassistischer Äußerungen und Anstiftungen zum Rassismus“ zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, zeigte sich erfreut über das „gute Klima“ des Treffens. Man „stimme darin überein, schrittweise vorzugehen im Versuch, die Probleme zu lösen“. Unterdessen hat die „Priesterbruderschaft“ ihre 47. Kapelle in der Stadt Bamberg eröffnet. Den wöchentlichen Gottesdienst wird dort künftig der Distriktoberer Niklaus Pfluger halten. Pfluger hatte noch im Frühjahr diesen Jahres der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ein Interview gegeben. Die zuständige Bistumsleitung der katholischen Kirche bedauerte die Einweihung der Kapelle durch die „Priesterbruderschaft“. Auch die Erzdiözese Bamberg ging auf Distanz. In der neuesten Ausgabe des „Mitteilungsblattes“ der Lefebvre-Anhänger wird es verschwörungstheoretisch. In einem Beitrag unter dem Titel „War Henry Truman Freimaurer?“ wird die Frage aufgeworfen, ob der frühere US-Präsident Truman die Atombomben über Japan habe abwerfen lassen, um in den „33. Ehrengrad“ einer Freimaurer-Loge aufsteigen zu können. Immerhin seien doch Hiroshima und Nagasaki die Städte „mit dem größten Katholikenanteil in Japan“ gewesen.

hma ■

In die Glaskugel geschaut?

MÜNCHEN. Die bayerische Staatsregierung wird die rechte Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ auch weiterhin nicht von ihrem „Verfassungsschutz“ beobachten lassen. Schriftlich angefragt hatte dort der SPD-Landtagsabgeordnete Florian Ritter. Ritter wollte wissen, ob die Staatsregierung angesichts der „großen Anzahl“ von JF-Autoren „mit rechtsextremistischer Gesinnung“ ihre bisherigen Aussagen zu der Zeitung nicht revidieren wolle.

Das Innenministerium verwies in seinem Antwortschreiben auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Mai 2005 zur Beobachtung der „Jungen Freiheit“ durch den „Verfassungsschutz“ in NRW. Die „Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen der Schrift reichen nichts aus, um die JF insgesamt als rechtsextremistische Publikation einstufen zu können“, schreibt das Innenministerium. Als Interviewpartner oder Autoren würden „fast ausschließlich Personen aus dem demokratischen Spektrum fungieren“. Wie man zu einer solchen Einschätzung kommen kann, wenn man die Zeitung gar nicht beobachtet, ist wohl das Geheimnis des bayerischen Ministeriums.

Oder hat die Entscheidung vielleicht etwas mit den zahlreichen CSU-Politikern zu tun, die sich in der Vergangenheit dem rechten Blatt als Autor oder Gesprächspartner zur Verfügung gestellt haben ?

Ganz anders sieht es da mit der „Linkspartei“ aus. Der „neu angenommene Name“ ändere nichts daran, dass es sich bei der PDS um die SED-Nachfolgeorganisation“ handele, die der „Verfassungsschutz“ weiterhin „sorgfältig beobachten“ werde, äußerte Innenminister Beckstein (CSU) unlängst in München.

hma ■

NPD scheitert mit Klage in Weimar

Die NPD in Thüringen ist mit einer Klage gegen Vorträge der Landeszentrale für politische Bildung zum Thema Rechtsextremismus, die auch die NPD behandelten, gescheitert.

Das Verwaltungsgericht Weimar entschied, die Vorträge zur Zusammenarbeit von NPD und Neonazi-Kameradschaften seien keine unzulässige Wahlbeeinflussung. Gruppierungen mit weltanschaulichen Zielen müssten es hinnehmen, dass sich der Staat kritisch mit ihnen beschäftige. Die gesetzlichen Grenzen zur Wahlbeeinflussung würden durch die Lesungen nicht überschritten.

Quelle: http://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/2155195.html ■

Strafrechtlich nicht relevant

SACHSEN. Die NPD hat während des Wahlkampfs in etlichen Orten CDs mit rechtsextremistischer Musik an Schulen verteilt. Auch Sachsen war Schauplatz der Aktion. Nach Eigenangaben der NPD wurden Exemplare einer so genannten „Schulhof-CD“ in Lohmen in der Sächsischen Schweiz ausgegeben. In Hoyerswerda habe sich NPD-Fraktionschef Holger Apfel persönlich an der Verteilaktion vor einer Berufsschule beteiligt. Ziel sei es, insbesondere um Jung- und Erstwähler zu werben.

Wie das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen auf Nachfragen mitteilte, können Schulen die Verteilung der CD nur auf dem eigenen Gelände untersagen. Sollten Verteiler das Schulgelände betreten, können die Schulleiter von ihrem Hausrecht Gebrauch machen. Polizeilich könne gegen die Aktion nicht vorgegangen werden. Die Inhalte der CD seien strafrechtlich nicht relevant. Dies habe die Generalstaatsanwaltschaft in Dresden geprüft. Allerdings sei noch eine zweite Variante dieser „Schulhof CDs“ im Umlauf, mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“. Diese könne beschlagnahmt werden, da sie wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie wegen schwerer Jugendgefährdung als strafrechtlich relevant eingestuft worden sei.

Quelle: http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/2153172.html ■

DGB organisiert Rückruf-Aktion für rechte CDs

BERLIN. Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg reagierte mit Protesten und einer Rückruf-Aktion auf den Schulhofwahlkampf der NPD. Bezirksjugendsekretär Daniel Wucherpfennig erklärte dazu: „Wir werden es nicht hinnehmen, dass die NPD auf Berliner und Brandenburger Schulhöfen mit ihrer menschenverachtenden Propaganda auf Stimmenfang geht! Gerade weil wir auf unserer Berufsschultour Tag für Tag mit den Problemen und Herausforderungen junger ArbeitnehmerInnen konfrontiert sind, sagen wir deutlich: Für Neonazis und Rassisten ist in unseren Reihen kein Platz! Die Solidarität unter ArbeitnehmerInnen gilt nicht nur für Deutsche. Ausländerfeindlichkeit ist kein Kavaliersdelikt, sondern menschenverachtend!“

Die DGB-Jugend lässt ihrem Protest Taten folgen: Sie startet mit sofortiger Wirkung eine Rückruf-Aktion für die von der NPD auf den Schulhöfen verteilten CDs.

„Wer uns bis zum 30. September 2005 eine der von der NPD ausgeteilten CDs zuschickt, nimmt automatisch an einem Gewinnspiel der DGB-Jugend teil. Auch auf den Einsätzen unserer Berufsschul-

tour nehmen wir die CDs entgegen“, erklärte Wucherpfennig dazu. „Wir verlosen einen iPod, Tankgutscheine und Jahresmitgliedschaften im Autoclub Europa“.

Die Auslosung der Preise erfolgt auf der Eröffnungsveranstaltung der Berliner Berufsschultour am 17.10.2005 im Oberstufenzentrum KfZ - Technik (Gierkeplatz 1-3, 10585 Berlin).

Die CDs können an folgende Adresse geschickt werden: DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Keithstraße 1/3, 10787 Berlin, Stichwort: Hau weg den Scheiß!

Alle Infos zu der Aktion „Hau weg den Scheiß“ finden Interessierte unter http://hauwegdenscheiss.berufsschultour.de ■

„aufmucken gegen rechts“ tauscht Schulhof-CD

Bereits im letzten Jahr hat der bundesweite Jugendverband [‘solid] – die sozialistische jugend in Kooperation mit den Gewerkschaftsjugenden das Projekt „aufmucken gegen rechts“ als Antwort auf das rechtsextreme „Projekt Schulhof“ gestartet. Bekannte Künstlerinnen und Künstler wie „Die Fantastischen Vier“, „Seed“, Jan Delay, „Virginia jetzt!“, „Die Sterne“ oder Ferris MC stellten kostenlos einen Song zur Verfügung. Neben der Produktion und Verteilung von 50.000 kostenlosen CDs mit antifaschistischen Liedern fanden bundesweit bereits weit über 100 Informationsveranstaltungen über Rechtsextremismus und rechte Musik sowie eine Vielzahl von Konzerten statt.

Zur neuen Offensive der NPD bietet [‘solid] Schülerinnen und Schülern einen Tausch an:

„Für jede Schulhof-CD der NPD geben wir ein antifaschistisches Aktionspaket ab – statt nationalistischer Propaganda bringen wir unsere „aufmucken gegen rechts“-CDs, Broschüren und Aufkleber auf die Schulhöfe“, erklärt Helke Diers, Sprecherin des Arbeitskreises Antifaschismus bei [‘solid].

Von der Bundesregierung fordern die Jugendlichen nicht nur finanzielle Unterstützung für zivilgesellschaftliche Projekte, sondern vor allem ein Ende der Kriminalisierung. „Vor kurzem wurden in Berlin zahlreiche Räume und Wohnungen antifaschistischer Gruppen von der Polizei durchsucht, die man des ‚übersteigerten Hasses auf die NPD‘ beschuldigte. Wer den Kampf gegen Neonazis so behindert und verfolgt, kann nicht auf ein Zurückdrängen ihrer Ideen hoffen“, kritisiert Ann Schomburg.

Wer eine Schulhof-CD der NPD eintauschen, sich weiter informieren oder selbst aktiv werden möchte, findet unter www.aufmucken-gegen-rechts.de alle Kontakte. *PM solid* ■

Haftstrafe für Neonazi Axel Reitz

BOCHUM. Das Bochumer Landgericht hat den Neonazi-Kader Axel Reitz (KDS, Kameradschaft Köln) zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Gleichzeitig hat das Gericht verfügt, dass eine einjährige Haftstrafe, die bisher zur Bewährung ausgesetzt war, hinzukommt und Reitz nun für fast drei Jahre ins Gefängnis wandern soll. Gegen das Urteil ist allerdings Revision möglich.

Angeklagt war Reitz wegen Volksverhetzung aufgrund seiner Eröffnungsrede bei der Demonstration gegen den Bau der Synagoge am 26.6.2004 in Bochum. Mit dem NPD-Funktionär Cremer ist Reitz nun der zweite Redner des Nazi-Aufmarsches, der wegen Volksverhetzung verurteilt wurde. Die Urteile des Landgerichts gegen Cremer und Reitz sind auch eine Ohrfeige für Polizei und Staatsanwaltschaft, die während des Nazi-Marsches immer wieder von vielen BürgerInnen aufgefordert worden waren, die Versammlung wegen der offenkundigen Straftaten zu beenden.

www.bo-alternativ.de ■

„Thor Steinar“-Firma prüft Schadenersatzklage

POTSDAM. Nach der Aufhebung des Verbots von „Thor-Steinar“-Produkten erwägt die Brandenburger Herstellerfirma Mediatex GmbH nun eine Schadenersatzklage gegen das Land in Millionenhöhe. Das teilte der Berliner Anwalt des Unternehmens am Mittwoch der Presse mit. Das Oberlandesgericht Brandenburg hatte zu Wochenbeginn entschieden, dass das ehemalige Runen-Logo nicht verfassungswidrig sei. Seit November 2004 waren Träger des Logos strafrechtlich verfolgt worden.

nach Presseberichten 14.9.05 ■

Neonaziübergriff am 10. September 2005 in Einbeck

EINBECK. Nach einem Konzert am Abend des 10. September 2005, das von der Linkspartei und der Jugendgruppe /‘solid/ organisiert wurde, beschimpften und provozierten vier stadtbekannte Neonazis alternative Jugendliche in der Nähe des Veranstaltungsortes am Einbecker Marktplatz. Unerwartet zog einer der Neonazis eine Gaspistole und schoss direkt auf BesucherInnen des Konzertes. Dabei wurden mindestens zwei Personen verletzt. Die Neonazis flohen daraufhin vom Marktplatz. Die herbeigerufene Polizei traf erst nach halbstündiger Verspätung ein. Anstatt sofort nach den Schützen zu suchen, begnügten sich die Beamten offenbar zunächst damit, die Personalien von KonzertbesucherInnen aufzunehmen. Zwei der Angreifer sind namentlich bekannt und dem Umfeld der „Kameradschaft Northeim“ zuzuordnen. Die Gegend um Einbeck bildet einen der Rekrutierungs- und Rückzugsräume der Neonazikameradschaft unter Führung von Thorsten Heise. So veranstaltete Heise beispielsweise gemeinsam mit etwa 30 Neonazis am 14.11.2003, dem so genannten Volkstrauertag, einen Fackelumzug durch Einbeck-Salzderhelden. Bereits im Frühjahr 2005 wurde ein russlanddeutscher Jugendlicher in Einbeck von einem Neonazi aus demselben Umfeld durch einen Schlag mit einer Flasche auf den Kopf schwer verletzt. Antifaschistische Jugendliche aus Einbeck berichteten nach dem Vorfall, dass sie bereits am Freitagabend von Faschisten bedroht wurden: Beim Versuch Neonazipropaganda zu entfernen, seien plötzlich 7 Faschisten brüllend und bewaffnet aus einer Kneipe auf sie zugestürmt.

Die Antifaschistische Linke International (A.L.I.) aus Göttingen ruft zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber der regionalen Neonaziszene, insbesondere in Bezug auf den für den 29. Oktober angekündigten Naziaufmarsch auf. Gerade vor und nach Neonaziaufmärschen ist es in der Vergangenheit zu Provokationen und Übergriffen gekommen, erläuterte eine Sprecherin der Göttinger Antifagruppe: „Die regionale Neonaziszene fühlt sich offenbar bestärkt, gegen vermeintliche GegnerInnen vorzugehen. Wir solidarisieren uns mit den antifaschistischen Jugendlichen in Einbeck und rufen zu entschlossenem Widerstand auf!“

Antifaschistsiche Linke International ali@puk.de, www.puk.de/ali ■

Carlo Bleichert, Kandidat der Linkspartei forderte das Verbot der Kameradschaft Northeim. Das Verhaltem der Polizeikräfte sei nicht hinnehmbar. Sie seien erst 30 Minuten nach dem Notruf am Ort des Geschehens erschienen, zugleich sei es fatal, wenn erst die Adressen von AntifaschistInnen aufgenommen werden, anstatt eine umgehende Suche und Festnahme der gewalttätigen Neonazis einzuleiten. Das Verhalten der Neonazis sollte doch endlich die Polizei in Einbeck und im Landkreis Northeim dazu bewegen, entschieden gegen die vorhandenen rechtsextremistischen Strukturen in der Region vorzugehen.

„Ebenfalls ist auf Grundlage der bisherigen Vorkommnisse der rechtsextremistischen Szene im Landkreis Northeim ein dringendes Handeln des niedersächsischen Innenministeriums, insbesondere des niedersächsischen Innenministers Schünemann erforderlich“, so Bleichert, „damit meine ich ein umgehendes Verbot der sog. ‚Nationalen Kameradschaften‘, da dieser Gewaltakt hin-

länglich zeigt, wieviel Gewaltpotential von der sogenannten „Kameradschaft Northeim“ ausgeht.

PM Carl O. Bleichert ■

FIR Exekutivausschuss tagte

BERLIN. Am Vorabend des „Tages der Mahnung und Begegnung“ tagte der Exekutivausschuss der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) in Berlin. Der ehemalige belgische Widerstandskämpfer Michel Vanderborght, Präsident der FIR, gratulierte den Teilnehmern zu den großartigen Erinnerungsfeiern aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg in den verschiedenen Ländern Europas. Gerade die Teilnahme von vielen jungen Menschen habe deutlich gemacht, dass das politische Vermächtnis der Überlebenden und Kämpfer von den heutigen Generationen weitergetragen wird. Die Erweiterung der FIR zum „Bund der Antifaschisten“ sei daher der politisch richtige Schritt zum richtigen Zeitpunkt gewesen. Die hierin gezeigte Anerkennung der Leistungen der ehemaligen Kämpfer, die Würdigung der Verfolgten und Deportierten stehe im Widerspruch zu der skandalösen Erwähnung der FIR im jüngsten bundesdeutschen Verfassungsschutzbericht. Mit Zufriedenheit habe man jedoch die breite Solidarität mit der FIR von Venezuela bis Russland, von Griechenland bis Dänemark erfahren. Nun warte man auf eine ernst zu nehmende Stellungnahme des Bundesinnenministers.

Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR, kündigte an, dass die FIR im Frühjahr 2006 in Belgien eine internationale Konferenz zum Thema „Neofaschismus in Europa“ durchführen werde. Teilnehmer aus über 20 Ländern werden erwartet. Nähere Information finde man demnächst auf der überarbeiteten Internetpräsentation der FIR. (www.fir.at)

Am Sonntag waren die Mitglieder des Exekutivausschusses der FIR, Widerstandskämpfer und Antifaschisten aus Belgien, Griechenland, Russland, Ungarn und Deutschland gefragte Gäste beim „Tag der Mahnung und Begegnung“. *Dr. Ulrich Schneider*

Generalsekretär der FIR ■

Geschichtsbild eines freiheitlichen Funktionärs

ÖSTERREICH. Der FPÖ-Bezirksparteiobmann von Kitzbühel, Michael Haas, empörte sich in einer APA-Aussendung am 2. September über die geplante Aufstellung einer Gedenktafel für die Besatzung eines US-Fliegers, die bei einem Absturz in der Region ums Leben kam. Dabei handle es sich, so Haas, um einen „würdelosen Akt der Anbiederung an die Kriegsnation USA“. Die militärische Zerschlagung des NS-Regimes wird bei ihm zu einem „völkerrechtswidrigen Krieg“. Wie ausgeprägt demgegenüber seine Identifikation mit den Kriegsgegnern der Alliierten ist, macht Haas abschließend deutlich: „Das Ehrengrab des österreichischen Fliegerasses Major Walter Nowotny wurde aufgelassen und geschändet, unserer vor dem Feind gebliebenen Väter und Großväter sollen wir nicht gedenken dürfen, aber den Amerikanern, die nach wie vor Kriege führen, sollen wir Denkmäler errichten?“

Neues von ganz rechts - Sept. 2005
www.doew.at ■

NPD-Wahlkampfabschluss-Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz

MÜNCHEN. Als Höhepunkt des Wahlkampfs der NPD war am 14.9.05 eine Kundgebung auf dem Marienplatz angekündigt. Wie die Süddeutsche Zeitung meldete, standen ca. 40 Neonazis 300 Gegendemonstranten gegenüber. Die Reden gingen im lautstarken Protest unter. Der Wahlkampf der NPD in München bestand hauptsächlich aus kaum beachteten Infoständen. Diese waren vielfach von antifaschistischen Protesten begleitet und von der Polizei meist gut abgegittert.

Mit tumben ausländerfeindlichen Parolen, pseudokritischen Phrasen gegen Globalisierung, Kapitalismus und Sozialabbau versucht die NPD sich als angeblich einzig verbliebene „Oppositionspartei“ und Alternative zu den „Systemparteien“ zu präsentieren. Was die Neonazi-KandidatInnen der NPD wirklich wollen, zeigt ganz offen die „Wahlkampfausgabe“ der NPD-Publikation „Münchner Stimme“: Der Direktkandidat Norman Bordin macht dort mit der Parole „Auch München braucht national befreite Zonen“ für sich Werbung. „Volksfront von rechts“, „Deutschlandpakt“ und „Münchner Bekenntnis“, hinter diesen Schlagwörtern verbirgt sich auf den Landeslisten der NPD zur Bundestagswahl 2005 ein Sammelsurium an Mitgliedern, Führungskräften und Kadern verschiedener rechtsextremistischer Parteien wie Deutsche Volksunion (DVU), Republikaner (REP) und Deutsche Partei(DP) sowie dem Spektrum der so genannten „Freie Kameradschaften/ Freie Nationalisten“.

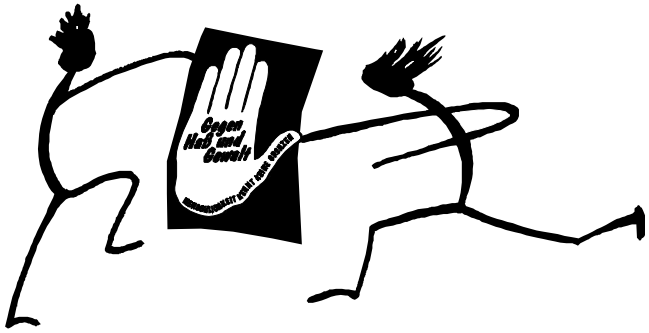
Informationen des A.I.D.A.-Archivs zu den Münchner und oberbayerischen NPD-KandidatInnen: „Mit Schlägern und Hetzern auf Stimmenfang - die KandidatInnen der NPD in München und Oberbayern zur Bundestagswahl 2005“ bei www.aida-archiv.de

nach A.I.D.A.-Pressemitteilung

Betrunkene Kontrolleure bedrohten Afrikaner

HALLE. Außerhalb ihrer Dienstzeit haben Fahrkartenkontrolleure aus Halle einen Afrikaner beschimpft, bedroht und geschlagen. Ein 30-jähriger Afrikaner, der mit seiner Frau in Halle lebt, bestieg am Wasserturm eine Straßenbahn der Linie 1 in Richtung Innenstadt. Nach Angaben der Polizei forderten vier Kontrolleure, die sich nicht im Dienst befanden und betrunken waren, den Mann auf, seinen Fahrschein zu zeigen. Es kam zum Streit, dann fielen Schläge.

Ein Zeuge beobachtete den Vorfall, als er an der am Steintor haltenden Bahn mit dem Rad vorüberfuhr. „Da bin ich eingestiegen und habe versucht, einen der vier Männer wegzuziehen, der gerade auf den Afrikaner einschlug“, beschrieb der 25-Jährige gegenüber der Mitteldeutschen Zeitung die gewalttätige Szene, in die



sich zwei weitere junge Männern zugunsten des Afrikaners eingemischt hatten. Dadurch sei es dem Opfer gelungen, aus der stehenden Bahn zu springen. Draußen habe der Schläger gebrüllt, dass er „den Nigger“ umbringen wolle.

Die Polizei vernahm drei stark angetrunkene Täter zwischen 36 und 41 Jahren noch am Tatort, der vierte flüchtete. Die Männer gehören zur Service-Gesellschaft Saale (SGS), einer Tochterfirma des Verkehrsunternehmens Havag. SGS-Mitarbeiter kontrollieren in den Fahrzeugen der Havag die Tickets.

Die SGS-Geschäftsführung erklärte, man sei bestürzt über den Vorfall. Angriffe von Kontrolleuren auf Fahrgäste habe es noch nie gegeben. Die Männer seien vom Dienst suspendiert. Über eine Entlassung werde noch entschieden. Sie seien bislang nicht als ausländerfeindlich aufgefallen. Von ihren kurzen Haaren auf die Gesinnung zu schließen, halte man für gewagt.

Die Polizei ermittelt auch in Richtung rechtsradikaler Szene. Beteiligte und Zeugen sollen nochmals vernommen werden. Erst danach will die Havag über mögliche Konsequenzen gegenüber ihrer Tochterfirma nachdenken.

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung, 14.9.2005 Halle ■

Rechten Lifestyle abschalten

2000 Demonstranten fordern die Schließung des Naziladens auf St. Pauli

In der Regel ist die Verbindung von Fußball und Politik problematisch. In den Fußballverbänden und Vereinsvorständen regiert das Geld und der heimische Fernsehsessel verkörpert geradezu das gesellschaftliche Ressentiment. Dass es auch anders geht, beweist der FC St. Pauli.

Gut 2000 Teilnehmer zogen nach Zählung der Veranstalter am 10. September nach der gewonnenen Partie gegen Bayer 04 Leverkusen Amateure über den Hamburger Kiez. Vor dem St. Pauli-Spiel wurde über den Lautsprecher auf die Demo hingewiesen, und auch Transparente „Kommt zur Demo“ gezeigt. Der Protest der antifaschistischen Fans richtet sich gegen einen Laden in unmittelbarer Nähe zur Reeperbahn. Neben der Heilsarmee, umgeben von schwulen Bars und diversen Kneipen hat sich seit Mai dieses Jahres ein kleines Ladengeschäft mit dem Namen „elite-style“ festgesetzt. Der Naziladen, der Anfang September nach dem obersten germanischen Kriegsgott und der „schönen“ Anführerin der Walküren in „Odin & Freya“ umbenannt wurde, verkauft Produkte rund um die nordische Mythologie und gewaltverherrlichende Marken wie „Pro Violence“ und „Sportfrei“.

In der rechten Hooliganszene, als auch unter Neonazis besonders beliebt ist allerdings die Marke „Thor Steinar“, welche das Rechtsrockmagazin „RockNord“ als „Bekleidungsartikel mit patriotischer Auslegung“ und „nordischer Attitüde“ beschreibt. Im November 2004 erklärte das Landgericht Neuruppin das Tragen des Logos von Thor Steinar zu einem Straftatbestand, weil es in der Kombination zweier Runen dem von der Führungsakademie der Hitlerjugend im Nationalsozialismus getragenen Symbol zum Verwechseln ähnlich sieht. Daraus resultierte eine bundesweite Beschlagnahmung des Warenbestandes. Nachdem die Marke derart eingeführt ist, funktioniert das Zurschaustellen rassistischer und faschistischer Identität und Zugehörigkeit inzwischen auch ohne die sichtbare Anlehnung an NS-Symbolik. Seit Anfang des Jahres wird das Sortiment nun mit neuer Rune vertrieben, die der Verfassungsschutz als „unbedenklich“ bezeichnet. Die Rednerin von Avanti - Projekt undogmatische Linke erklärte in Ruf- und Sichtweite zu dem Laden in der Talstraße 17 das strategische Vorhaben von Kleidungsmarken wie Thor Steinar damit, „vom traditionellen Skinheadlook wegzukommen und das ramponierte Image der Naziszene aufzubessern.“ Das, was diese Marken so gefährlich mache, sei ihre starke Codierung, weshalb die Klamotten für Außenstehende nur schwer als Nazimarken zu erkennen sind. In der Stadienordnung des FC. St. Pauli wird übrigens das Tragen von Thor Steinar wie auch sexistische, rassistische und andere diskriminierenden Äußerungen mit einem Stadionverbot geahndet.

Von der Kritik an seinem Laden und dessen Sortiment unbeeindruckt zeigen sich die beiden Inhaber von „Odin & Freyer“. Deshalb, so Roger Hasenbein, der Sprecher der Fanprojekte beim FC St. Pauli, ist die Demonstration als Auftakt und Signal zu verstehen, dass das „Bündnis gegen Naziläden“ weiter gefragt bleibt, bis der Laden für den rechten Lifestyle dicht macht. Eine gute Ausgangsbasis dafür liefert die Unterstützung der Demonstration durch 200 namentlich genannte Unterstützer, vornehmlich Fangruppen und Gewerbetreibende auf St. Pauli.

Nach den Zeiten der Hafenstraßensolidarität Anfang der 80er Jahre war es in den 90er Jahren um die linken Fanprojekte vergleichsweise ruhig geworden. Seit geraumer Zeit aber ist wieder eine stärkere Politisierung zu beobachten. Diese drückt sich in Demonstrationen zur dritten Halbzeit zur Unterstützung von Bauwagenplätzen und „Bambule“ aus. Besonders bemerkenswert ist das Angebot der „Ultras St. Pauli“ an Flüchtlinge auf dem Aufnahmelagerschiff „Bibi Altona“. Bei Heimspielen laden die Ultras, die sich an der proletarischen italienischen Fankultur orientieren und jede Kooperation mit der Polizei ablehnen, eine Gruppe von bis zu zehn Flüchtlingen zum gemeinsamen Besuch des Spiels ein und setzen der gesellschaftlichen Isolation und Langeweile in den Unterkünften gelebte Solidarität entgegen. Ganz toll auch die Initiative „U16“, die beim Auswärtsspiel gegen die Amateure von Hertha mit den unter 16-Jährigen (ohne Tabak und Alkohol) bereits um 6.15 Uhr in Hamburg losfahren, um das Holocaust-Mahnmal in Berlin zu besuchen.

Im November letzten Jahres weihte der FC St. Pauli, Fanclubs und die VVN-BdA eine Gedenktafel für die Opfer der Nazidiktatur im Millerntorstadion ein. In der Pressemitteilung hieß es, man wolle mit dieser Aktion den Opfern der Nazidiktatur gedenken, aber auch aktuell ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung setzen. „Der FC St. Pauli und seine Fans engagieren sich seit Ende der 80er Jahre gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball. Als einziger Verein in Deutschland hat der FC St. Pauli eine dauerhafte Bande im Stadion mit dem Text ‚Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen‘ installiert und sich am Fonds für die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter beteiligt. Mit Errichtung der Gedenktafel ist der FC St. Pauli wieder einmal der erste Verein, der öffentlich und in seinem Stadion den Verfolgten und Opfern der Nazizeit gedenkt. *Wolfram Siede* ■

Frankreich:

Gedrängel im rechten Spektrum

Vor der Präsidentschaftswahl in anderthalb Jahren wetteifern Le Pen, de Villiers und Sarkozy um Rechtsaußenstimmen

Die Ankündigung löste nur mäßige Begeisterung in seiner Partei aus: Jean-Marie Le Pen möchte, koste es, was es wolle, in anderthalb Jahren noch ein – letztes – Mal zur französischen Präsidentschaftswahl antreten. Es wäre seine vierte Teilnahme an der Wahl, die Le Pen, in Übereinstimmung mit seiner auf den „starken Mann" zugeschnittenen Politikkonzeption, als „Königin aller Schlachten" betrachtet und als den einzigen Wahlgang, der ihn im Grunde je interessiert hat.

Erstmalige „positive" Wahlempfehlung von Le Pen?

Dabei will der rechtsextreme Politiker übrigens – erstmals, seitdem er 1988 erstmals zur Präsidentschaftswahl kandidieren konnte –, beim nächsten Mal nicht ausschließen, eine positive Empfehlung für den entscheidenden zweiten Wahlgang auszusprechen. Sein konkretes Verhalten vor der Stichwahl wird er davon abhängig machen, wie er Ende August ankündigte, wer dann die bürgerliche Rechte vertritt. Falls ihr Kandidat im zweiten Wahlgang wieder Jacques Chirac wäre (wie 1988, 1995 und 2002) und damit ein Mann, den Le Pen persönlich hasst wie kaum einen zweiten, „dann würde es mir schwer fallen", eine Wahlempfehlung auszusprechen. Bisher hat Le Pen tatsächlich bei den letzten Malen noch nie zur Stimmabgabe zugunsten Chiracs aufgerufen – 1995 erklärte er öffentlich, Chirac, sei „dasselbe wie (sein sozialistischer Gegenkandidat Lionel) Jospin auf die schlimmere Tour", 2002 konnte er ihn gar selbst als Gegenkandidat herausfordern.

Wenn jedoch nicht mehr Chirac, sondern – wie von vielen Beobachtern erwartet wird – dessen derzeitiger Innenminister Nicolas Sarkozy in der Stichwahl gegen einen Vertreter oder eine Vertreterin der Linksparteien antreten wird, dann könne er sich eine Wahlempfehlung sehr wohl vorstellen, verkündete Le Pen. Sarkozy wirbt seit Monaten offen mit autoritären Parolen um das Publikum des FN, am 30. Juni verkündete er gegenüber Journalisten: „Ich ziele nicht auf die Wählerschaft des FN ab, ich habe sie bereits". Immerhin drei Viertel der rechtsextremen Sympathisanten geben an, von seiner Politik zur Inneren Sicherheit angetan zu sein.

Nicht so sehr bei einer Parlamentswahl (bei der das persönliche Profil des ehrgeizigen Ministers hinter dem allgemeinen Image der Regierungspartei UMP zurücktreten würde), wohl aber bei einer Personenwahl wie dem Rennen um die französische Präsidentschaft könnte Sarkozy derzeit durchaus einen Teil der FN-Wählerschaft anziehen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass der FN sein theoretisches Potenzial sicherlich im Moment - wo die Partei zerstritten dasteht und ihre Basis eher passiv gehalten denn mobilisiert wird – nicht voll ausschöpfen könnte. Der FN-Kandidat würde im Moment wohl eher 10 Prozent als, wie in der Vergangenheit, 15 Prozent der Stimmen anziehen können; es sei denn, es kommt ihm erneut die Konjunktur eines mobilisierungsträchtigen Themas (wie im Jahr 2002 der „Unsicherheit") zu Hilfe.

Kongress verschoben

Im Jahr 2007, in dessen erster Hälfte sowohl der Präsident als auch die Nationalversammlung neu gewählt werden, wird Jean-Marie Le Pen 79 Jahre alt. In den meisten Fällen bedeutet das für einen Politiker: Zeit, abzutreten und eventuell seine Nachfolge zu regeln. Nicht so für den Chef des rechtsextremen Front National (FN), der bestrebt ist, alle innerparteilichen Entscheidungsstränge in seinen eigenen Händen zusammenlaufen zu lassen. Die Entscheidung über eine mögliche Nachfolge wird nach wie vor durch ihn blockiert. Ursprünglich hätte, nach dem Kalender der bisher im dreijährigen Rhythmus stattfindenden Parteitage, im Frühjahr 2006 ein Kongress des FN stattfinden müssen.

FN-Aufmarsch in Paris am 1. Mai 2005

Damit aber nur ja die heikle Erbfolgefrage nicht vor der kommenden Präsidentschaftswahl aufgeworfen werden kann, hat der Chef des FN nunmehr entschieden, dass der nächste Kongress auf Ende 2007 verschoben wird. Dann ist das „Superwahljahr" vorüber. Und falls er es sich bis dahin nicht noch einmal anders überlegt, gedenkt Le Pen dann vielleicht auch abzutreten. Bis dahin bleiben aber noch ein paar größere Steine aus dem Weg zu räumen, vor allem der allerdickste Brocken: das Problem der 500 Unterstützungsunterschriften.

Um als Kandidat zur Präsidentschaftswahl antreten zu können, muss ein Bewerber 500 Unterschriften von Mandatsträgern der Republik – Bürgermeistern, Angehörigen eines Bezirks-, Regional- oder des Europaparlaments, Abgeordneten der beiden nationalen Parlamentskammern – vorweisen können. Bei der letzten Wahl im April 2002 hatte Le Pen bereits die allergrößte Not, die 500 Unterschriften zusammen zu bekommen; wochenlang hatten seine vergeblichen Bemühungen darum die Medien im Atem gehalten, was ihm freilich im Endeffekt damals eine gewisse Publicity verschaffte. Beim nächsten Mal könnte es aber nun wirklich extrem eng werden: Zum ersten Mal haben hohe Parteifunktionäre des FN in der bürgerlichen Presse – etwa in „Libération" und „Le Monde" –, wenngleich meist ohne Namensnennung, klar erkennen lassen, dass viele der eigenen Parteikollegen 2007 nicht mehr für Le Pen senior unterschreiben würden. Der FN verfügt über rund 150 Regionalparlamentarier, und wenn selbst die nicht alle für die Kandidatur ihres Spitzenmanns unterschreiben, dann wird es wirklich kritisch. Denn wie die französischen Medien bereits jetzt berichten (vgl. „Le Parisien" vom 13.9.2005, Schlagzeile: „Die Bürgermeister zeigen Le Pen die kalte Schulter"), zeigen sich die Bürgermeister auch kleinerer Kommunen im Hinblick auf die kommende Wahl nunmehr äußerst zurückhaltend, was eine Unterschrift für Le Pen betrifft: Erstens hat dessen ausdrückliche Relativierung der mit der deutschen Besatzung in Frankreich verbundenen Verbrechen (in einem Interview für die offen pro-nazistische Zeitung „Rivarol" im Januar 2005) viele von ihnen definitiv abgestoßen. Und zweitens werden im Jahr 2008, das auf die nächste Präsidentschaftswahl

folgt, frankreichweit die Kommunalwahlen stattfinden. Und dann werden die kommunalen AmtsträgerInnen sich vor ihren WählerInnen verantworten müssen. Eine Unterschrift für Jean-Marie Le Pen erscheint dabei zur Zeit nicht eben als positives Werbeargument, um eine Mehrheit unter ihnen anzusprechen.

Bei der letzten Präsidentschaftswahl im April 2002 fielen solcherart Bedenken noch geringer aus: Die letzten Kommunalwahlen (März 2001) waren soeben vorüber, die nächsten würden erst einige Jahre später stattfinden (turnusmäßig eigentlich 2007, aufgrund des „Superwahljahrs" wurden sie gleich auf 2008 verschoben). Doch dieses Mal muss Le Pen wirklich ernsthaft um seine Unterschriften bangen. Deshalb suchte er bereits Ende August, anlässlich der Sommerakademie des FN, moralischen Druck auf die Bürgermeister auszuüben: Diejenigen Amtsträger, die „Mut" bewiesen, „ihrer staatsbürgerlichen Aufgabe nachkommen" und sich nicht von Druck beeinflussen ließen, würden „in die Geschichte eingehen", tönte Le Pen.

Rechtskatholik Philippe de Villiers

Neben Jean-Marie Le Pen selbst und Innenminister Sarkozy kommt noch ein weiterer Bewerber um die Stimmen des rechten bis rechtsextremen Wählerpotenzials in Betracht: Der nationalkonservative, rechtskatholische Graf Philippe de Villiers, der am 11. September bereits seine eigene Präsidentschaftskandidatur anmeldete. An jenem Wochenende hielt seine Partei, das „Mouvement pour la France" (MPF), im südostfranzösischen Grasse ihre Sommerakademie mit rund 500 Teilnehmern ab.

Seine, bisher noch im Aufbaustadium steckende, „Bewegung für Frankreich" (MPF) konnte im Abstimmungskampf vor dem Referendum zur EU-Verfassung vom 29. Mai dieses Jahres Aufmerksamkeit gewinnen. Das MPF hat in den letzten Monaten auch viele enttäuschte ehemalige FN-Funktionäre gewonnen (darunter den jetzigen MPF-Generalsekretär Guillaume Peltier, früher Chef der Jugendorganisation des FN), die hier einen neuen, vom Verdacht auf Naziparolen und anderen Anrüchigkeiten „unbelasteten", eher konservativen Rahmen für „nationale Politik" entdeckten. Tatsächlich steht das MPF nicht in einer offen faschistischen Tradition, wohl aber in jener der rechtskatholischen Republikgegner der ersten Jahrzehnte nach 1789, von denen einige auch – neben Kreisen aus der Armee und der Kirche – am Vichy-Regime teilnahmen. Philippe de Villiers hat Ende August auch offen erklärt, die Türen seiner Partei stünden ehemaligen FN-Leuten offen. Und, wie etwa die liberale Pariser Abendzeitung „Le Monde" (u.a. in ihrer Ausgabe vom 16. September) feststellt, begibt sich Philippe de Villiers inhaltlich „auf das Terrain des Front National". Seine Kampagne nährt er zur Zeit vor allem mit Ressentiments, die er durch Parolen gegen den EU-Beitritt der Türkei, gegen Immigration und gegen die „zunehmende Islamisierung Frankreichs in allen gesellschaftlichen Bereichen" mobilisiert.

Rechtsdissidenten des FN im Kontakt mit den Nationalkatholiken

Der derzeit einzige FN-Bürgermeister einer Kommune von mehr als 10.000 Einwohnern – Jacques Bompard, Stadtoberhaupt im südfranzösischen Orange – hat nach Informationen von „Libération" (10.9.2005) den Grafen de Villiers jüngst getroffen. Bompard steht seit längerem mit Le Pen im Konflikt, der sich verschärft hat, nachdem der Bürgermeister von Orange es wagte, der FN-Sektion im Département Vaucluse – und damit der eigenen Partei – im Mai einen Geldstrafbefehl wegen illegalen Plakatierens in seiner Kommune auszustellen. Am 9. September 05 wurde Bompard aus den Führungsgremien des FN ausgeschlossen; er hat bereits angekündigt, der Partei nicht als einfaches Mitglied angehören zu wollen.

Ende August ließ Bompard erneut, wie bereits im Vorjahr, in Orange eine Sommeruniversität seines Clubs „Esprit Public" (Staatsmännischer Geist) beinahe zeitgleich – ihr Beginn war um zwei Tage versetzt – zur „offiziellen" Sommeruniversität des FN stattfinden. Letztere fand dieses Jahr in Bordeaux statt und hatte die „globalen Probleme" wie Erderwärmung, Ökologie und Hunger zum Thema – freilich nur, um zu verkünden, dass lediglich eine Rückkehr zum Nationalstaat als Politikrahmen Abhilfe verschaffen könne. In Orange hielt man sich dagegen nicht damit auf, sich auf diese Weise als pseudo-moderne und aufgeschlossene Kraft zu präsentieren, sondern widmete sich gleich viel „klassischeren" rechtsextremen Themen, wie dem Problem der „Meinungsfreiheit" für Geschichtsrevisionismus. Teile des katholisch-fundamentalistischen Parteiflügels und militante rechtsradikale Aktivistenkreise fanden sich in Orange ein.

Aber auch in Bordeaux, wo der „offizielle" FN tagte, war die Haltung zu den Nationalkatholiken um Philippe de Villiers ein Thema. Denn ein Teil des Hardlinerflügels und der „alten Garde", der zwischen der Unterstützung für die innerparteiliche „Nummer zwei" Bruno Gollnisch und jener für Jacques Bompard schwankt, machte sich am Rande der Tagung von Bordeaux für eine „Annäherung" an die neue Partei des rechtskonservativen Grafen stark. „Schon seit dem Referendum (Ende Mai) hätten wir uns an diese Leute annähern sollen" forderte etwa Marie-France Stirbois, die der Partei seit den 70er Jahren angehörte, in Bordeaux vor der Presse. Hintergrund ist, dass dieser Teil der „alten Garde" sich von einer Annäherung an die Nationalkatholiken verspricht, einer „modernistischen Aufweichung der Werte" vorbeugen zu können – denn diese Gefahr ist in ihren Augen mit dem möglichen späteren Aufstieg der Le Pen-Tochter, Marine, an die Parteispitze verbunden. Dagegen plädierte die innerparteiliche „Nummer drei", FN-Generalsekretär Carl Lang, gegen eine solche Annäherung, da Philippe de Villiers nicht mit dem bürgerlichen Konservativismus und der Regierungspartei UMP gebrochen habe.

Befürchtet wird von den Gegnern einer solchen Annäherung vor allem, dass der sozial schwächere, vor allem von den „Protest"aspekten des FN-Parteidiskurses angezogene Teil der Wählerschaft ihr nicht folgen würde. Tatsächlich ist das Publikum des Grafen de Villiers mehrheitlich materiell weitaus besser situiert, und in anderen Wohngegenden ansässig, als zumindest ein Teil der Wählerbasis des FN.

Bernhard Schmid, Paris ■

Ermittlungsverfahren beendet – Kopie der VVN-BdA-Dateien gelöscht

DORTMUND. Mit Schreiben vom 6.September Az 27.4.0 - 527/04 teilte die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen dem Journalisten und Sprecher der VVN-BdA Ulrich Sander mit:

Betr. Beschlagnahme eines Computers samt Dateien im Ermittlungsverfahren / Vernichtung der Festplattenkopie

„Mittlerweile hat mir die Staatsanwaltschaft Dortmund mitgeteilt, dass die Auswertung der Festplattenkopie nicht zur Feststellung beweisrelevanter Daten geführt habe. Aufgrund der fehlenden Verfahrensrelevanz hätten die auf der Festplatte befindlichen Daten auch keinen Eingang in die Ermittlungsakten gefunden. Schließlich sei die Festplattenkopie nach Abschluss des Verfahrens in Absprache mit Ihrem damaligen Verteidiger im Beisein des zuständigen Dezernenten in den Räumlichkeiten der Staatsanwaltschaft Dortmund vernichtet worden.

Eine Weitergabe Ihrer Daten an Dritte (z.B. Behörden) oder die Übermittlung der Daten im Wege der Akteneinsicht habe zu keinem Zeitpunkt stattgefunden.
Diese Mitteilung zugrundegelegt, gehe ich davon aus, dass Ihrem datenschutzrechtlichen Anliegen genüge getan ist. Ich habe den Vorgang daher nunmehr abgeschlossen."

Ulrich Sander
Weitere Informationen unter
www.nrw.vvn-bda.de ■

21. September: Bundeswehr-Einsatz am Kölner Dom

Köln ist nicht die einzige Stadt, die die Truppe im Rahmen der Feiern zu „50 Jahre Bundeswehr" besetzen will. Bundesweit werden seit Juli bis noch zum Stichtag 12. November, an dem im Jahr 1955 die ersten Rekruten in die Bonner Ermekeilkaserne marschierten, mehr als 50 Jubelfeiern abgehalten. In manchen Orten wird „nur" die aktuelle Bundeswehr-Ausstellung präsentiert, Köln gehört zu den vier Städten, in denen die Teilstreitkräfte ihr volles Programm abziehen.

Aber im Rheinland regt sich Widerstand. Friedensgruppen wollen der Bundeswehr den Zapfenstreich am Kölner Dom vermiesen. Die in Köln von der Luftwaffe ausgerichtete Show mit Soldatengottesdienst im Dom (10 Uhr), anschließendem Rekrutengelöbnis (12 Uhr), Platzkonzert am Rathaus (14 Uhr), Rathaus-Empfang für Bundeswehr und Ehrengäste (18 Uhr) sowie abschließendem „Großen Zapfenstreich" (20 Uhr) auf dem Roncalliplatz startet am 21. September ausgerechnet am durch die UNO seit 2001 für den 21. September ausgerufenen „Internationalen Friedenstag", an dem „weltweit die Waffen schweigen sollen".

Uniformiert und bewaffnet zelebriert die „Friedensarmee" in der Kölner Innenstadt ein religiös überhöhtes Militärritual, dass spätestens durch die exzessive Ausübung durch die NS-Wehrmacht völlig diskreditiert sein sollte. Die Bundeswehr begibt sich „Gewehr über" und „Helm ab zum Gebet" offenbar bewusst in diese unselige Tradition.

Das Kölner Gegenmittel: Spott und lautstarker Protest, kurzum: „Karnevalistische Verhältnisse", beginnend mit einem „warming-up" und „Friedens-Früh-Stück" morgens um 6.00 Uhr auf dem von soldatischem Missbrauch bedrohten Roncalliplatz. Das frühe Aufstehen lohnt sich: Die Organisatoren des antimilitaristischen Protestes haben der Truppe durch frühe Anmeldung schon einen kleinen Strich durch die Rechnung gemacht. Bis 7 Uhr ist der Platz versammlungsrechtlich blockiert und die Hundertschaften Feldjäger müssen draußen bleiben. Dadurch verzögern sich auch die Aufbauarbeiten für die Truppe. Außerdem ist damit zu rechnen, dass zunächst Hochdruckreiniger eingesetzt werden müssen, um das Zeremoniell konterkarierende Friedensbotschaften auf dem Platz zu entfernen. PflastermalerInnen jedenfalls sind dem antimilitaristischem Bündnis herzlich willkommen.

Das „Kölner Bündnis gegen öffentliche Militärspektakel" will die Propagandaaktionen der Bundeswehr ganztägig begleiten. Auf der Domplatte und rund um den Roncalliplatz sind von 7.00 bis 22 Uhr durchgehende Mahnwachen angemeldet. Zusätzlich auch vorm Domportal zum Soldatengottesdienst ab 10 Uhr. Um 17 Uhr folgt ein Ökumenischer Friedens-Gottesdienst auf dem Wallraf-Platz. Schwerpunktaktion ist die Demonstration vom Alter Markt zum Roncalliplatz ab 18.30 Uhr. Der Zapfenstreich soll ab 20 Uhr sowohl von der Ecke Domplatte aus wie von der anderen Seite („Am Hof") kommentiert werden. Wenn er denn überhaupt stattfindet: Die Christen aus der Friedensbewegung wollen den Zapfenstreich wegen der Verletzung religiöser Gefühle verbieten lassen.

Protestiert wird auch gegen die massiven Änderungen des Auftrags und die zweifelhaften Einsätze der Bundeswehr in aller Welt. Mit den öffentlichen Ritualen und den offensiven Äußerungen des obersten Dienstherrn Peter Struck über „Verteidigung am Hindukusch", Soldaten der Zukunft „mit Gewehr und Laptop" sowie seiner Forderung, die Öffentlichkeit solle sich auch auf tote deutsche Soldaten einstellen, folgt der Um- und Aufrüstung für Kriegsbeteiligungen ein nicht hinnehmbarer „Werbefeldzug an der Heimatfront". Next step: die schon begonnene Diskussion um künftige Bundeswehreinsätze im Innern.

Die Aussichten für akustische Störungen der militärischen Zeremonien gelten als günstig. Die Bundeswehr hat in einer umstrittenen Ratsentscheidung zwar den Roncalliplatz für den Tag als Privatgelände pachten können, in dem Feldjäger die „herzlich eingeladene" Kölner Bevölkerung nach Gutdünken (aus)sortieren können, aber ringsum ist „öffentlicher Raum". Keine ehrfürchtige Stille bei „Helm ab zum Gebet". Der erste Zapfenstreich am Kölner Dom wird hoffentlich auch der letzte bleiben.

Die aktuellen Infos finden sich unter www.friedenskooperative.de

Der Autor Mani Stenner ist Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative ■

Friedensgruppen klagen gegen massive Demonstrationseinschränkungen der Kölner Polizei

Der Klage christlicher Friedensgruppen gegen den Zapfenstreich wegen Verletzung religiöser Gefühle hat das Verwaltungsgericht nicht stattgegeben. Ein Revisionsverfahren dagegen läuft zur Zeit.

Anhängig ist auch noch ein weiteres Verfahren, in dem die Friedensgruppen die Rechtsgrundlage der Sondernutzungsgenehmigung des Ordnungsamtes für die Bundeswehr bestreiten. Hilfsweise wurde die 20. Kammer des Verwaltungsgerichtes angerufen, überhaupt sicht- und hörbaren Protest gegen das Militärspektakel zu ermöglichen. Denn die Kölner Polizei will die Demonstration auf einen entfernten Teil der Domplatte abdrängen.

Aktuelle Infos unter www.friedenskooperative.de

Dr. Detlef Bald: 50 Jahre Bundeswehr: 1955-2005

Buchbesprechung

Der Zeithistoriker Detlef Bald verfolgt in diesem im Format eines Taschenbuchs pünktlich zum 50. Geburtstag der Bundeswehr erschienenen Band zwei Wege: Zum einen zeichnet er auf knappem Raum die Entwicklung der Bundeswehr von ihren Anfängen bis zur Gegenwart nach, zum anderen verfolgt er ein politisches Anliegen: Die Eingliederung dieser Armee in den bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat, was für ihn nichts Anderes heißen kann als die Orientierung dieser Armee an den Maßstäben der von General von Baudissin konzipierten Inneren Führung – einfacher ausgedrückt: Die Verankerung eines demokratischen Selbstverständnisses in der Bundeswehr selbst. Somit folgt die Untersuchung dem zeitgeschichtlichen Ablauf seit 1955. Die Streitkräfte selbst werden an den Normen gemessen, die für sie als bewaffneter Arm eines demokratischen Rechtsstaats Gültigkeit haben sollten.

Diese Normen implizieren nach Auffassung des Verfassers den endgültigen Abschied der bundesdeutschen Streitkräfte von den militaristischen Traditionen des Preußentums, der Weimarer Republik und vor allem der Nazi-Wehrmacht. Damit gerät dieser Band zugleich zu einer Streitschrift gegen unselige Traditionspflege und rückwärtsgewandtes Selbstverständnis der Bundeswehr. Dabei stützt sich Bald auf eine ungeheure Fülle zeitgeschichtlichen Materials, das bisher nicht systematisch aufgearbeitet wurde. Die Bilanz eines halben Jahrhunderts Bundeswehr gerät so zu einer spannenden und zugleich über weite Strecken beängstigenden Lektüre. Hilfreich und nützlich sind eine knappe Chronologie und ein Personenregister.

Schon die Symbolik der gleich zu Beginn eindrücklich beschriebenen Gründungsfeier der Bundeswehr mutet düster an und gerät gewissermaßen zum Menetekel: Unter einem fast fünf Meter großen eisernen Kreuz haben sich unter dem ersten Verteidigungsminister Theodor Blank fast einhundert Träger dieser preußisch-deutschen Kriegsauszeichnung versammelt – hohe Soldaten der ehemaligen Nazi-Wehrmacht. Mit kurzen Rückverweisen auf die Stein-Hardenbergschen Reformen, auf Scharnhorsts Versuche zur Übertragung bürgerlicher Rechte in das Militär zeigt Bald, dass ein anderes Traditionsverständnis von Militär möglich wäre.

An diese Traditionslinie knüpfte General Baudissin mit seinem Konzept vom Staatsbürger in Uniform an – ein Konzept, das sich allerdings in der Bundeswehr nie durchsetzen sollte, denn Wiederaufrüstung und Kalter Krieg verzahnten sich mit der Vorstellungswelt der ehemaligen Wehrmachtsgeneräle: „Ein einzigartiges Panorama tauchte wieder auf. Die operativen Maximen des Generalstabs der vierziger Jahre standen erneut im Zentrum einer europaweiten ‚Gesamtverteidigung von den Dardanellen bis nach Skandinavien'." (S. 29). Gegen die Traditionalisten in der Bundeswehr gab es jedoch zu Anfang der 70er Jahre unter Kanzler Brandt und Verteidigungsminister Schmidt Reformversuche, die vor allem auf die Eingliederung des Militärs in die Gesellschaft zielten. Im Scheitern dieser Reformen sieht Bald eine Art Weichenstellung für die dann folgende Entwicklung der Bundeswehr. Offen bleibt, ob der roll back der Traditionalisten gelingen konnte, weil Schmidt deren politische Kraft unterschätzte, oder ob er schrittweise vor politischem Druck kapitulierte.

Bei allen Zögerlichkeiten und Unsicherheiten, die den Umgang sozialdemokratischer Verteidigungsminister mit der Bundeswehrführung und insbesondere mit dem dornigen Thema der Traditionspflege charakterisieren, ist doch die politische Großwetterlage in der Republik von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung von Geist und Identität der Bundeswehr gewesen: Mit dem Amtsantritt des CDU-Ministers Wörner nach den Wahlen von 1982 gab es für das Wirken des restaurativen Geistes in der Bundeswehr keine Grenzen mehr: Das „Soldatische" im traditionellen Sinne wurde – anstelle des den meisten Militärs verhassten Konzepts der Inneren Führung – zum Selbstverständnis und Ausbildungsziel zugleich.

Möglich wurde dies durch personelle Kontinuitäten, die bereits den Aufbau der Bundeswehr bestimmten, und durch eine Traditionspflege, die die Taten der Wehrmacht bis hin zu denen der Waffen-SS glorifizierte.

Die menschenverachtende Schinderei, die in den jüngsten Folterungen als Teil einer „kriegsnahen" Ausbildung ihren vorläufigen Höhepunkt fand, erscheint so nicht als „Ausrutscher" und Normüberschreitung Einzelner, sondern als Teil eines Systems, das noch immer – oder schon wieder – den „archaischen Kämpfer" als Ausbildungsziel vor Augen hat.

Die Bilanz dieser fundierten und auf eine Vielzahl von Quellen gestützten Untersuchung muss nicht nur diejenigen schaudern lassen, die aus pazifistischer Grundhaltung Militär grundsätzlich ablehnen, sondern auch all jene, die zwar das Militär als Instrument der Politik bejahen, die es aber als Teil einer demokratischen, sich zu Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus bekennenden Gesellschaft verstanden wissen wollen.

Werner Ruf
AG Friedensforschung an der Uni Kassel, bis 2003 Professor für Int. Beziehungen an der Universität Kassel. Die Rezension erscheint in Heft 3/2005 der Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden". Entnommen aus Berichte aus Augsburg und Schwaben 19-05

Detlef Bald: Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955–2005. Verlag C. H. Beck, München 2005, ISBN 3-406-52792-2, 232 S. 12,90 Euro.

Lesung in der Universität Augsburg am 17. November 2005 mit Dr. Detlef Bald: 50 Jahre Bundeswehr: 1955-2005 Die Initiative „Friedens- und Konfliktforschung" (IFK), die Augsburger Friedensinitiative (AFI) und die DFG-VK haben Dr. Detlef Bald eingeladen. Die Lesung findet am Donnerstag, 17.11. 2005, um 19.00 Uhr im Hörsaalzentrum Physik, Raum 1004, Universitätsstr. 1, statt.

NPD-Kundgebung am 10. September in Ohrdruf gestört

OHRDRUF. Am 10. September blies die NPD zur „Großkundgebung“ nach Ohrdruf. Gefolgt waren dem Aufruf 38 Neonazis. Die Veranstaltung wurde gestört durch engagierte BürgerInnen, Punks, Alternative und antifaschistisch aktive Menschen. Im als „braunste Stadt Deutschlands“ propagierten Ohrdruf positioniert sich endlich Widerstand gegen den faschistischen Alltag. So störten mehr als 30 AntifaschistInnen die NPD-Kundgebung mit Transparenten, Plakaten und teils auch lautstark.

BeiVeranstaltungsbeginn um 11 Uhr. fanden sich ganze 38 RechtsextremistInnen zur – als Großkundgebung propagierten – Versammlung ein. Den Marktplatz schändeten nun 2 NPD-Transparente und Lautsprecherwagen aus Weimar. Die Veranstaltung wurde laut Auflagen-

bescheid mit Beiwohnen von 2 Ordnern genehmigt und durch hohe Polizeipräsenz durchgesetzt. Für einen geregelten Ablauf von Seiten der Neonazis sorgten also THS-Kopf Sebastian Reiche und Ex-Knasti Patrick Wieschke, letzterer jedoch nicht auf Dauer. Erst nach antifaschistischem Engagement bemerkte Polizeieinsatzleiter Raymond Walk, dass Wieschke mehrfach vorbestraft ist und erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen wurde. Kurzerhand durfte Patrick seine Binde einem Kameraden überlassen.

Die von der NPD angekündigte Prominenz fand sich jedoch nicht im Ohrdrufer Stadtzentrum ein. Rita Hoffmann (Listenplatz 1) versetzte die Kameraden und blieb der Kundgebung fern.

An PassantInnen verteilten die „Nationaldemokraten“ reichlich Propaganda, von NPD-Pamphleten bis hin zur „Schulhof-CD“. Für die Entsorgung des Mülls war diesmal allerdings gesorgt.

Antifaschistischer Protest in der „braunsten Stadt Deutschlands“

Nach der Enttäuschung vom 21. Mai diesen Jahres, als 55 Nazis ungestört ganz Ohrdruf beschallen konnten, fand sich diesmal antifaschistischer Protest vorm Marktplatz ein. Und das wider den Aufruf der Parteien der Stadt, welche das Problem durch Wegschauen/Ignorieren lösen wollten. Glücklicherweise gab es doch noch Menschen, die die Logik „Augen zu, dann ist das Naziproblem verschwunden“ nicht teilen. Von Seiten der Stadt gab es nur ein Transparent, mit der Aufschrift: „RECHTE RAUS – Fordern die Bürger der Stadt Ohrdruf“, welches am Marktplatz über der Kundgebung aufgehängt wurde.

Ca. 30 BürgerInnen, Punks und AntifaschistInnen versammelten sich vorm NPD-Kundgebungsplatz und störten die Neonazis mit Transparenten, Plakaten, teils auch lautstark. Applaudieren mussten sich die Neonazis diesmal selbst, positive Resonanz zeigte die Aktion keine. Nazipropaganda wurde in eigens dafür vorgesehene Mülleimer entsorgt (siehe Foto).

Schon im Vorfeld der NPD-Kundgebung klebten AntifaschistInnen in Ohrdruf Plakate, auf denen u.a. über den Direktkandidaten der NPD (Gotha-Ilmkreis) Michael Burkert aufgeklärt wurde.

Gegen 13 Uhr endete die Veranstaltung. Die NPD packte ein, die Polizei rückte ab. Kein Grund jedoch für die anwesenden NeofaschistInnen ihre Versammlung aufzulösen. Ungehindert verweilten die Kameraden noch eine Weile auf dem Marktplatz.

Resümee: Ein wichtiger Schritt in der „braunsten Stadt Deutschlands“, eine Stadt mit einer grausamen Geschichte, an einem Ort, wo Stadt, PolitikerInnen und Polizei den Neonazis seit jeher Platz machen, formierte sich unerwartet Protest, welcher hoffentlich ein Signal setzten konnte, welches über den Tag hinaus geht und den Beginn einer positiven Entwicklung in Ohrdruf manifestiert.

Bilder auf www.left-resistance.tk
Quelle: Freie Presse 6.9.2005 ■

Richtigstellung zum Artikel „Fischleder im Nationalsozialismus“, AN 2-05:

Anne Sudrow vom Zentralinstitut für Geschichte der Technik, Technische Universität München schrieb uns dazu:

„Durch Zufall bin ich auf Ihren Artikel über Herrn Stempel und das Fischleder im Nationalsozialismus in den Antifaschistischen Nachrichten gestoßen, in der Sie auch meine Arbeiten zitieren. Leider muss ich feststellen, dass Ihnen dabei einige, wie ich finde schwerwiegende, Fehler unterlaufen sind:

1. Die Aussage, die Fischhautverwertung stünde in unmittelbarem Zusammenhang mit den von mir dargestellten Versuchen auf der „Schuhprüfstrecke“ (nicht „Schuhversuchsstrecke“) im KZ Sachsenhausen (darauf, dass dort Fischhaut-Produkte getestet wurden, habe ich keinerlei Hinweise gefunden, und dies auch nie behauptet)
2. Die Aussage, das Kaiser-Wilhelm-Institut für Lederforschung habe „1938 viel Geld für die Fischlederproduktion bereitgestellt“: Das KWI erhielt von der Industrie und vom Staat Gelder, um die Produktionsmethoden für die Unternehmen zu entwickeln und zu verbessern.
3. Um diesen Punkt geht es mir vor allem: Ihre Behauptung, dass den Schuhprüfungen im KZ 5.000 Häftlinge zum Opfer gefallen seien. Diese Zahl, die auch schon in der „jungen welt“ veröffentlicht wurde, stimmt auf keinen Fall. Es ist, wie ich in meinen Veröffentlichungen dazu ausführlich erklärt habe, aus verschiedenen Gründen derzeit überhaupt nicht möglich, konkrete Angaben zur Zahl der Opfer zu machen.“

Unser Autor Thomas Klaus hatte seinerzeit von Herrn Stempel umfangreiche Materialien zum Thema „Fischhaut“ bekommen und auch einen seiner Vorträge besucht. Sein Artikel stützte sich auf diese Informationen, die im Einzelnen leider nicht weiter überprüft wurden. Insofern danken wir Frau Sudrow für diese Richtigstellung. *red* ■

Landesweite Kundgebung zum Tag des Flüchtlings

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen ruft u.a. zu einer landesweiten Kundgebung am Freitag, 30. September, 16.00 bis 18.00 Uhr, in Hannover (Kröpcke) auf. Im Aufruf dazu heißt es:

Am Tag des Flüchtlings wollen wir gegen die unmenschliche Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union protestieren. Die letzte Innenministerkonferenz im Juni dieses Jahres hat nicht, wie von vielen gefordert, ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge zum Ergebnis gehabt. Statt dessen finden Abschiebungen weiterhin statt, und etliche Menschen sind von Deportationen bedroht. So sind z.B. aktuell bestimmte Flüchtlinge aus Afghanistan und aus dem Kosovo besonders bedroht. Während die Außengrenzen Europas für Flüchtlinge immer weiter abgeschottet und Auffanglager in Krisen nahen Gebieten eingerichtet werden, damit möglichst kein Flüchtling mehr die EU erreicht, sind in Deutschland die Behörden dabei, den Abschiebewillen der Regierungen der Länder und des Bundes rigoros umzusetzen. Und das heißt, Menschen werden in von Krieg zerstörte, Krisen geschüttelte Gebiete abgeschoben. Jugendliche, die z.T. in Deutschland geboren wurden, werden in Länder deportiert, die sie nicht kennen, wo sie keinerlei soziale Anbindung haben und deren Sprache sie oftmals nicht sprechen. Und wer nicht abgeschoben werden kann, wird durch rassistische Maßnahmen drangsaliert. Die betroffenen Menschen leben zumeist schon seit vielen Jahren in Deutschland, nicht wenige von ihnen sind hier geboren. Sie können NachbarInnen, Bekannte, FreundInnen, KollegInnen Teilnahme an der Kundgebung am Tag des Flüchtlings sein. Wir fordern, dass die Abschiebungen gestoppt werden und die Menschen ein Bleiberecht erhalten!

Quelle: Nds. Flüchtlingsrat ■

Seit 16 Jahren in Deutschland zu Hause:

HANNOVER. Am Mittoch, 14. September demonstrierten in Hannover-Langenhagen Schüler und Freunde gegen die Abschiebung der Familie Abdul nach Pakistan.

Vor mehr als 16 Jahren kam das Ehepaar Abdul nach Deutschland und bat um Asyl. Das Verfahren dauerte an, eine Tochter wurde geboren. Immer wieder wurden neue Anträge gestellt. Doch die Familie wartete vergeblich auf den positiven Entscheid, der ihnen zusichern sollte, in Deutschland bleiben zu können. Nach eigenen Angaben drohe der Familie, die einer bestimmten islamistischen Gemeinde angehöre, die Verfolgung im ehemaligen Heimatland.

Inzwischen ist die Familie heimisch geworden in Hannover. Neben der nun 16-Jährigen Tochter Schagufta sind auch der Sohn Rameez (15) und die kleine Tochter Tayyaba (10) voll in das deutsche Leben integriert. Die 16-Jährige glänzt auf dem Langenhagener Gymnasium sogar mit einer 2 in Deutsch. Nun kam die endgültige Endscheidung der Ausländerbehörde: Asylantrag abgelehnt, es soll in Kürze die Abschiebung folgen. Schock für Familie Abdul und besonders die Mitschüler und Freunde der Kinder. Spontan organisierten sie eine Demonstration: Über 500 Schüler forderten die Aufhebung des Abschiebungs-Bescheides. Nun bekommen die Freunde sogar Rückenwind von offizieller Stelle: Durch die Demonstration und eine Unterschriftenliste auf den Fall aufmerksam geworden, will sich nun die Bürgermeisterin von Langenhagen persönlich darum kümmern, dass die Familie bleiben kann. Und dies wäre kein Einzelfall, denn anderen Familien aus ihrer Gemeinde mit ähnlicher Situationen wurde der Antrag stattgegeben.

Neben der unklaren Lage in ihrer eigentlichen Heimat Pakistan, die die Verfolgung von islamistischen Randgruppen betrifft, hat die Familie auch Angst um die jüngste Tochter, die zuckerkrank ist. Doch die Ausländerbehörde der Region Hannover ist sicher, dass alle Angaben sorgfältig geprüft wurden: Die medizinische Versorgung in Pakistan sei gesichert. Die Gründe des Antrages seien nicht ausreichend gewesen, die Anträge seien immer wieder herausgezögert worden. Nun bleibt abzuwarten, was aus dem Schicksal der Familie wird, die Mitschüler und Freunde wollen jedoch weiterkämpfen....

Quelle: www.nonstopnews.de/flucht-liste, flucht@nds-fluerat.org ■

Kirchenasyl in Emden erfolgreich

EMDEN. Nach viereinhalb Jahren ist das Kirchenasyl in der Martin-Luther-Gemeinde in Emden (Ringstr.) für die 7-köpfige kurdische Familie Aldemir glücklich zu Ende gegangen. Der 1989 eingereisten Familie wurde mit einer Entscheidung des VG Oldenburg vom 7.7.2005 Abschiebungsschutz zugebilligt. Das Gericht zeigte sich überzeugt, dass die Mutter Gülhan Aldemir im Fall einer Rückkehr in die Türkei „wegen der fehlenden Möglichkeit einer ausreichenden und sachgerechten Behandlung ihrer Krankheit damit rechnen muss, alsbald in eine lebensbedrohliche, menschenunwürdige Lage zu geraten".

bee - Quelle: Nds. Flüchtlingsrat ■

EU-Kommission will illegale Einwanderung effizienter bekämpfen

BRÜSSEL. Die EU-Kommission will die Abschiebe-Standards der einzelnen EU-Länder vereinheitlichen, um die illegale Einwanderung effizienter zu bekämpfen. „Jeder irreguläre Einwanderer muss in sein Land zurückkehren", erklärte EU-Justizkommissar Franco Frattini am Donnerstag in Brüssel bei der Vorstellung eines entsprechenden Richtlinienentwurfs. Auf Zwangsmaßnahmen solle allerdings nach Möglichkeit verzichtet werden. Die Abschiebehaft solle prinzipiell auf sechs Monate begrenzt werden.

„Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Einwanderungsdruck in den nächsten Jahrzehnten zunimmt", hieß es in dem Kommissionstext. Es sei daher wichtig, die Anreize zu steigern, dass Ausländer in ihren Heimatländern blieben oder rasch dorthin zurückkehrten. Jedem illegalen Einwanderer oder abgelehnten Asylbewerber werde zunächst eine Frist zur freiwilligen Ausreise garantiert, erläuterte Frattini. Erst im Anschluss komme es zur Ausweisung. Habe ein Mitgliedsstaat allerdings ein Wiedereinreiseverbot erlassen, gelte dieses im Gegensatz zu bisherigen Regelungen für alle 25 EU-Staaten. Zudem seien umfassende Maßnahmen zur Datensammlung geplant. Kirchliche Organisationen kritisierten, der Kommissionsentwurf lege zu wenig Gewicht auf den Schutz von Menschenrechten. „Der Vorschlag stellt die Effizienz und die technischen Aspekte der Abschiebung in den Vordergrund", erklärte Caroline Intrand vom Netzwerk „Kommission der Kirchen zur Migration in Europa". Gemeinsam mit Caritas Europa und anderen Gruppen legte das Netzwerk eine Reihe von Empfehlungen vor, darunter die Einrichtung unabhängiger Kontrollgremien. Frattini versicherte dagegen, auf eine humane Behandlung werde großer Wert gelegt. Die EU-Kommission werde die internationalen Abkommen – insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention - bei ihrer Abschiebepolitik in jedem Fall respektieren. Erst im August hatte der UN-Sonderberichterstatter gegen Folter, Manfred Nowak, vor Menschenrechtsverletzungen bei EU-Abschiebungen gewarnt. Es gebe eine „Tendenz in Europa, internationale Verpflichtungen zu umgehen, gemäß denen niemand abgeschoben werden darf, für den eine ernsthafte Gefahr der Folter besteht", hatte er in einer Stellungnahme erklärt. EU-Ministerrat und -Parlament müssen dem Richtlinienentwurf jetzt zustimmen. *bee-Quelle: epd/flucht-liste, flucht@nds-fluerat.org* ■

Jetzt auch noch Kopftuchverbot für Kindergärtnerinnen?

STUTTGART. Das Land Baden-Württemberg war Vorreiter beim Verbot des Kopftuchtragens für Lehrerinnen, die von Merkel als Wissenschaftsministerin ausgeguckte Kultusministerin Anette Schavan hat als erste ein Gesetz durch den Landtag gebracht. Inzwischen ist eine ganze Reihe von Bundesländern gefolgt. Schon damals hatten viele kritisch darauf hingewiesen, dass die Gefahr besteht, dass in weiteren öffentlichen Bereichen eine explizite Ausgrenzung islamischer persönlicher Glaubenssymbole zu befürchten sei. Genau das tritt jetzt ein.

Die Stadt Ebersbach/Fils im Landkreis Göppingen hat eine muslimische Erzieherin am städtischen Kindergarten gekündigt, weil sie bei der Arbeit ein Kopftuch tragen wollte. Die Frau, die schon lange im städtischen Kindergarten beschäftigt ist, hatte bei der Rückkehr aus einer Erziehungspause ihre Entscheidung, ein Kopftuch tragen zu wollen, mit einem persönlichen Erlebnis begründet, das ihre Religiosität bestärkt habe. Die Anwältin der Entlassenen hat eine Kündigungsschutzklage angekündigt. Soweit wäre das eine, wenn auch unerfreuliche, lokale Auseinandersetzung. Und die Chancen vor Gericht sind vielleicht gar nicht so schlecht, denn es fehlt, anders als an den Schulen für Beamte, eine rechtliche Grundlage für die Entscheidung der Stadt Ebersbach.

Nun hat sich die CDU-Fraktion im Landtag auf das Thema gestürzt, einmal weil es jetzt gut in den Wahlkampf passt und zum andern, weil wie erwähnt, die Aussichten vor Gericht durchzukommen, eher gering sind. Mit der Begründung: „Was für Schulen gilt, muss auch für Kindergärten gelten“, hat sich der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Mappus, für ein gesetzliches Kopftuchverbot an Kindergärten ausgesprochen. Die CDU-Fraktion habe sich in einer Klausursitzung auch für ein Verbot ausgesprochen. Der Justizminister Goll von der FDP ist ebenfalls für ein Verbot – nationale Argumente gehen bei diesen Liberalen vor Freiheitsrechten. Die SPD hält sich noch bedeckt; tendiert aber eher für ein Verbot. Der SPD-Sprecher verstieg sich zu Interpretationen, wann eine Muslima Kopftuch tragen dürfe und wann nicht: Vor Kindern sei das nicht nötig, allenfalls vor erwachsenen Männern. Einzig die Landtags-Grünen, die schon das Kopftuchverbot für Lehrerinnen abgelehnt hatten, sind strikt gegen ein Verbot. Kinder müssten die Erfahrung machen können, dass es unterschiedliche Religionen gebe, das sei ein Gewinn. Außerdem bestünden rechtliche Bedenken, ob der Landtag überhaupt zuständig sei. Denn die Hauptaufgabe des Kindergartens sei die öffentliche Fürsorge, dafür wäre der Bund zuständig.

Inzwischen aber hat die CDU aus den eigenen Reihen Widerspruch erhalten. Der Stuttgarter Oberbürgermeisters Wolfgang Schuster (CDU) hat mitgeteilt, dass er gegen ein gesetzliches Verbot sei. Die persönliche Referentin des OB sagte, die Stadt Stuttgart habe gute Erfahrungen gemacht mit einer pragmatischen Lösung, die nicht äußerliche Merkmale in den Vordergrund stellt. In jedem Fall werde individuell geprüft, ob eine Erzieherin die gebotene Neutralität beachte. In Stuttgart würden etwa 30 von 2000 Erzieherinnen Kopftuch tragen. In einer städtischen Richtlinie werden lediglich die Ganzkörperverhüllung und der Gesichtsschleier abgelehnt, auch religiöse Rituale während der Dienstzeit seien nicht erwünscht. Ansonsten zähle die fachliche und persönliche Kompetenz und die Haltung gegenüber demokratischen Bildungs- und Erziehungszielen. Auch andere baden-württembergische Städte wie Karlsruhe, Tübingen oder Konstanz würden ähnlich verfahren.

Allerdings kam bei dieser Gelegenheit heraus, dass Heidelberg, Ludwigsburg, Heilbronn und Esslingen bereits jetzt keine Kopftuch tragenden Erzieherinnen einstellen. Und auch in der Stuttgarter CDU-Fraktion gibt es Scharfmacher: Stadtrat Roland Schmid sieht in den 30 Fällen ein Problem und für die Stadt werde dies noch „ein großes Thema“.

alk ■

Kurdische Zeitung verboten

Am Morgen des 5. September wurden gleichzeitig die Tageszeitung Özgür Politika, die MHA (Mezopotamische Nachrichtenagentur) in Frankfurt am Main, der Musikverlag MIR in Düsseldorf und der Mezopotamia Verlag in Köln von Einheiten der Polizei gestürmt. Insgesamt waren mehr als 300 Beamten im Einsatz. Grundlage der Stürmungen waren Schließungsverfahren gegen die Institutionen, die seitens des Innenministeriums, wegen vermeintlicher Unterstützung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet wurden. Bei der Polizeiaktion wurden JournalistInnen, SchriftstellerInnen und Angestellte verhaftet, sowie Computer und Schriftstücke beschlagnahmt. Den Drohungen der Polizei zufolge soll die Herausgabe der Özgür Politika eingestellt und eine weitere Arbeit der Nachrichtenagentur sowie der Buch- und Musikverlage verhindert werden. MHA und Özgur Politika sind jahrelang auf Grundlage des deutschen Presserechts ihrer journalistischen Arbeit nachgegangen. Sie haben anhand von Fakten über internationale Ereignisse, im Besonderen über die politische Situation in der Türkei sowie dem Mittleren Osten berichtet. In den Musik- und Buchverlagen wurden u.a. Bücher und Musik veröffentlicht, die sich kritisch mit der Situation der kurdischen Bevölkerung im Mittleren Osten auseinandersetzen. Ein derartiges Vorgehen stellt einen massiven Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit dar. Auch die Bundesstaatsanwaltschaft versucht auf diese Weise jegliche kritische Öffentlichkeit über die politischen Ereignisse in der Türkei zu verhindern. Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, sich zu solidarisieren und stellvertretend die Stimme der KurdInnen zu sein.

Kurdistan Nationalkongress, Deutschlandvertretung, 5.9.

Proteste gegen das Verbot

Der Republikanische Anwaltsverein äußert sich zum Verbot der kurdischen Tageszeitung Özgür Politika: Im Zuge der Annäherung der Türkei an die Europäische Union schickt sich das Bundesinnenministerium nunmehr offenbar an, den türkischen Umgang mit kurdischer Öffentlichkeit auf die Bundesrepublik Deutschland zu übertragen. Diese Annäherung in die falsche Richtung übergeht die Bemühungen um eine demokratische kurdische Öffentlichkeit im Exil, wie sie auch in der Özgür Politika stattfanden. Sie vergeht sich zugleich an der Pressefreiheit, indem sie eine Zeitung mundtot macht, die in Europa für Kurdinnen und Kurden unersetzlich ist. Und sie liefert in ihrer Härte der türkischen Regierung ein Beispiel, welche Vorgehensweise aus europäischer Sicht tolerabel ist. Der RAV fordert den Bundesminister des Innern auf, die Verbotsverfügung zurückzunehmen, die beschlagnahmten Materialien und Unterlagen zurückzugeben und die Betroffenen zu entschädigen.

dju-Hessen in ver.di zum Verbot der Zeitung Özgür Politika in Neu-Isenburg: Der Redaktion wird vorgeworfen, sie habe die Anhänger der PKK in Europa mit Informationen und Vorgaben der

Führung der in Deutschland verbotenen Kurdenpartei versorgt. Für die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di ist das eine fragwürdige Begründung. Die Zeitung habe zwar politische Grundsatzpositionen der kurdischen PKK dokumentiert. „Dies ist nicht gleichzusetzen mit der Einbindung in eine Befehls- und Kommandostruktur“, sagte der hessische dju-Geschäftsführer Manfred Moos. Es dränge sich vielmehr die Frage auf, ob der Bundesinnenminister zwei Wochen vor der Bundestagswahl noch einmal seinen Ruf als sicherheitspolitischer Hardliner festigen wolle. Polizeiliche Aktionen gegen eine Redaktion sind aus Sicht der dju besonders schwerwiegend. Sie gefährden den Vertrauensschutz von Informanten gegenüber der Presse und zugleich den grundgesetzlich garantierten Schutz der Presse. Die dju hält die angeordnete Schließung der Zeitung für völlig überzogen und fordert das Bundesinnenministerium auf, bei allen Maßnahmen den hohen Rang der Pressefreiheit zu beachten.

Der Völker- und Verfassungsrechtler Prof. Dr. Norman Paech (Spitzenkandidat Die Linke. in Hamburg) erklärte: „Die Erstürmungen, Verhaftungen und Beschlagnahmungen stellen einen nicht zu vertretenen Eingriff in das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit dar. Die betroffenen Kultur- und Medieneinrichtungen der in der Türkei unter Verfolgung lebenden Kurdinnen und Kurden haben das Recht, auf ihre Lage aufmerksam zu machen und sich gegen die Unterdrückung öffentlich zur Wehr zu setzen. Der Widerstand gegen und die kritische Berichterstattung über die Lage der Kurdinnen und Kurden, kann in keinem Falle die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung sein, wie dies die Bundesanwaltschaft den betroffenen Einrichtungen vorwirft. Tatsächlich dient das Vorgehen der Staatsorgane nur der Regierung in Ankara, der die kritische Berichterstattung z.B. der Zeitung Özgür Politika mehr als ein Ärgernis ist. Bundesinnenminister Schily und die Bundesanwaltschaft, brechen damit nicht nur die Verfassung, sondern machen sich damit zum Handlanger der türkischen Regierung.“ ■

Landesärztekammer BaWü gegen zwangsweises Beenden von Behandlungen

STUTTGART. Bezug nehmend auf einen Entschließungsantrag an den 108. deutschen Ärztetag (Drucksache VIII-72) und aus gegebenen Anlass auf Grund mehrer Abschiebungen aus stationärer Behandlung in Krankenhäusern in Baden-Württemberg ersucht die Vertreterversammlung der Landesärztekammer Baden-Württemberg den Innenminister des Landes künftig notwendige stationäre medizinische Behandlung oder Rehabilitation nicht ohne richterlichen Beschluss oder gegen ärztlichen Rat zwangsweise beenden zu lassen. Ärztliche Behandlungskompetenz darf durch solche behördlichen Maßnahmen nicht in Zweifel gezogen oder wirkungslos gemacht werden. Begründung: Patienten in stationärer Behandlung müssen vor solchen Schritten der Exekutive sicher sein können, denn solche Maßnahmen gegen ärztlichen Rat stellen möglicherweise eine lebensbedrohliche Gefährdung des Flüchtlings dar. Dem Antragsteller liegen mehrere dokumentierte Fälle dieser Art vor.

Quelle : Ärzteblatt Baden-Württemberg, 08.2005, Seite 323 / flucht-liste flucht@nds-fluerat.org ■

Wahl 2005: Flüchtlinge demonstrieren vor Berliner Parteizentralen

BERLIN. Am Freitag, den 9. September 2005 demonstrierten Flüchtlingsorganisationen und antirassistische Initiativen vor den Berliner Parteizentralen. Rund 100 TeilnehmerInnen forderten von den politischen Parteien die Aufhebung rassistischer Sondergesetze und einen Abschiebestopp für Flüchtlinge. Die RednerInnen berichteten von den Einschränkungen und Diskriminierungen, die in Deutschland lebende Flüchtlinge und MigrantInnen erfahren und machten dafür alle zur Wahl stehenden Parteien mit

verantwortlich. Flüchtlinge haben keine Wahl, aber eine Stimme. In diesem Sinne riefen sie zur weiteren Selbstorganisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen auf. Im Aufruf zum Aktionstag hieß es:

In Deutschland leben offiziell zirka sieben Millionen MigrantInnen und Flüchtlinge. Und etwa eine halbe Millionen Menschen leben ohne Papier unter prekärsten Bedingungen. Selbst die Eingebürgerten haben keinen sicheren Status, da ihnen der deutsche Pass jederzeit entzogen werden kann, wie es im Moment bei zirka 100 000 Menschen aus der Türkei der Fall ist. Trotz der verbal anerkannten Realität der Migration, vor allem wegen der konsumierbaren Multikultivielfalt, wird das Leben der MigrantInnen und Flüchtlinge in Deutschland durch Rassismus, Ausgrenzung und Generalverdacht bestimmt.

Ein menschenwürdiges Leben wird den MigrantInnen und Flüchtlingen systematisch verweigert; denn die „westliche Zivilisation“ braucht ihre Feindbilder, um sie für soziale Missstände, Bildungsdefizite, Kriminalität, Terrorismus etc. verantwortlich zu machen. Sie sind die ausgewählten Objekte, an denen die soziale Degradierung und die verschiedensten Formen der Repression des Kapitalismus zuerst angewendet werden. Hartz IV in gravierenderer Form gehört seit zwölf Jahren zum Alltag der Flüchtlinge.

Seit Jahrzehnten gehören

- Sondergesetze (Zuwanderungsgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz)
- Residenzpflicht (Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf einen Landkreis)
- Demütigung durch Lebensmittelgutscheine und 40 Euro Taschengeld im Monat
- Gefangennahme in Sammellager und Abschiebehaft
- Ständige Drohung mit Abschiebungen (Zirka 50 000 Abschiebungen im Jahr)

- Ausschluss von der politischen Partizipation
- Aberkennung der ohnehin sehr geringen Anzahl der Asylanerkennungen
- Ständiger Unsicherheitsstatus mit Kettenduldungen
- Einteilung in „nützliche“ und „unnützliche“ MigrantInnen und Flüchtlinge
- Einhämmerung der als Integration verpackten deutschen „Leitkultur“
- Körperverletzung und Tod durch rassistische Angriffe der Polizei und Neonazis

zum Alltag der MigrantInnen und Flüchtlingen in Deutschland. ...

Wir appellieren an die MigrantInnen und Flüchtlingen: Wir dürfen es nicht länger zulassen, dass wir als Menschen 2. oder 3. Klasse behandelt werden. Keiner außer uns ist die Kraft, die mit diesen Zuständen Schluss machen kann.

Schluss mit entwürdigenden Lebenszuständen in Deutschland, rassistischen Sondergesetzen und Abschiebungen! Bleiberecht für alle – jetzt sofort! Unsere Agenda heißt: Kampf um alle Rechte!

UnterstützerInnen: Alliance of Struggle, Allmende, Anti-Colonial Africa Conference, ARI, BBZ, Dest-dan, FIB, Flüchtlingsrat-Berlin, FrauenRechtsBüro e.V., Initiative gegen Abschiebehaft, Initiative gegen Chipkartensystem, Karavane, Navenda Kurda, Plataforma, Respect, The Voice
Fotos: Umbruch Bildarchiv ■

Hamburg im „Dritten Reich“

Eine der Lücken in der umfangreichen Literatur zum deutschen Faschismus ist ein wissenschaftlichen Ansprüchen genügender Gesamtüberblick über Hamburg im „Dritten Reich“. Der vorliegende Sammelband der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg stellt sich dieser Aufgabe. Unangenehm stößt allerdings der Anspruch auf, etwas Einmaliges vorgelegt zu haben, wenn es in der Verlagsmitteilung heißt, die Publikation „beschäftigt sich nun erstmals ausführlich mit der Geschichte Hamburgs im ‚Dritten Reich‘“. Gegen diese Vermessenheit ist beispielsweise der Sammelband „Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ (hrsg. von A. Ebbinghaus und K. Linne) in Erinnerung zu bringen, in dem aktuelle Forschungsergebnisse veröffentlicht wurden. Trotz dieser Kritik liegt ein empfehlenswertes Buch vor, in dessen 20 Einzelbeiträgen vorhandenes Wissen zusammengestellt und etliches Neues geboten wird.

U. Büttner befasst sich mit der bislang wenig untersuchten Frühgeschichte der Hamburger NSDAP. Die Hansestadt war eine „Hochburg des organisierten Antisemitismus“, nicht zufällig wurde hier mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund die „erste() rechtsradikale() Massenorganisation“ gegründet. Ein paar Vertiefungen wären allerdings wünschenswert gewesen, z.B. über den innerparteilichen Streit mit der nationalrevolutionären Strömung. Der Versuch, sich der Arbeiterklasse anzubiedern, endete in Hamburg erst mit der Übernahme der Parteileitung durch Karl Kaufmann 1929.

U. Lohalm beschreibt die rasche Durchsetzung des „Führerprinzips“ und der dazugehörigen hierarchischen Strukturen in den städtischen Entscheidungsgremien. Politische Funktionen wurden von oben nach unten eingesetzt, die Rechenschaftspflicht lag umgekehrt. „Der Reichspräsident ernennt die Reichsstatthalter, der Statthalter den Regierenden Bürgermeister und auf dessen Vorschlag die Senatoren. Eine Verantwortung des Senats gegenüber der Bürgerschaft besteht nicht mehr.“ (Bürgermeister Carl Vincent Krogmann)

Die hamburgische Wirtschaft wird von K. Weinhauer untersucht. Aufgrund der Struktur als Handelsstadt währte die Wirtschaftskrise hier länger als in Industrieregionen, und die Arbeitslosigkeit lag deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Bis 1938 galt Hamburg als wirtschaftliches Notstandsgebiet. Außenhandelsbeschränkungen und Devisenbewirtschaftung, die durch den „Neuen Plan“ von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht im September 1934 eingeführt wurden, mussten eine Hafenstadt beeinträchtigen. Hinzu traten Boykott- und Abwertungsmaßnahmen des Auslands gegen deutsche Waren. Als Ausgleich wurden Hamburg überdurchschnittlich viele Rüstungsaufträge zugewiesen. Gefördert wurde damit in erster Linie die Großindustrie – besonders die Werften. Nach den Bombenangriffen wurden die Reorganisationsmaßnahmen „in die Hände der Industrie“ gelegt, die dadurch „endgültig und umfassend tonangebend im Wirtschaftsleben Hamburgs“ geworden war.

Mehrere Autoren schreiben über das Alltagsleben im faschistischen Deutschland, und damit zusammenhängend wird dem Mitmachen weiter Bevölkerungskreise nachgegangen sowie die Bindekraft analysiert, die die NS-Politik entfaltete. A. Schildt befasst sich u.a. mit dem Wirken der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und der Deutschen Arbeitsfront (DAF), deren Leistungen und Angebote den „kleinen Volksgenossen“ suggerierten, für sie werde etwas getan. Solche Instrumente wurden von Regierung und Partei ganz bewusst aus der Erkenntnis heraus eingesetzt, dass „Terrorapparat, Propagandamaschinerie und ideologische Angebote allein (...) die politische Stabilisierung und einen Kern von Loyalität und Zustimmung der Bevölkerung“ nicht hätten herstellen und sichern können. Charakteristisch sind die zahlreichen Spendenkampagnen, deren bekannteste das Winterhilfswerk (WHW) und die „Eintopfsonntage“ waren: Während der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sank und Ausgaben für Gesundheit, Arbeitslosenunterstützung und Wohlfahrt gekürzt wurden, sollten die Sammlungen das nicht nur kompensieren, sondern v.a. den Eindruck erwecken, dass im Faschismus alle Bevölkerungsschichten zusammenhielten. Die Spendenaktionen wurden „als Propagandaschlacht zur Schaffung der ‚Volksgemeinschaft‘“ inszeniert. Vier Fünftel der WHW-Mittel stammten allerdings aus direkten Lohnabzügen.

Eintopfsonntag

F. Bajohr beschäftigt sich mit dem Phänomen, es beim deutschen Faschismus einerseits mit einer zunehmend breiter werdenden Zustimmung durch die Bevölkerung zu tun zu haben, andererseits aber auch mit einer Diktatur. Weitere Artikel behandeln Schule (U. Schmidt und P. Weidemann) und Universität (R. Nicolaysen), Öffentlichen Dienst (U. Lohalm) und Kirchen (R. Hering). U. Lohalm beschreibt die Steuerung der Bevölkerungsentwicklung und die repressive und kontrollierende Fürsorgepolitik. Unterstützung wurde Familien verweigert wegen einer Vorstrafe oder „Arbeitsscheu“, schlechtem Leumund, „geistiger Beschränkung“ eines Elternteils oder „Minderbegabung“ eines Kindes. Ein weiterer Schwerpunkt ist Verfolgung und Widerstand gewidmet. Es schreiben F. Bajohr über den Holocaust in Hamburg, D. Garbe über das KZ-System und den antifaschistischen Widerstand sowie U. Büttner über Hamburger im Exil. F. Littmann legt die Ergebnisse ihrer Forschung über Zwangsarbeit in Hamburg vor. Besonders zynisch wirkt der Kongress „Europäische Arbeiter in Hamburg schaffen für den Sieg“, der im Juni 1943 als Teil des Versuchs stattfand, Zwangsarbeiter unter der Prämisse des vorrangigen Kampfs gegen den Bolschewismus für deutsche Interessen einzuspannen. Ein Erfolg dieser Kampagne war unter den gegebenen Verhältnissen von vornherein ausgeschlossen.

Spannend wird’s beim Thema „Bombenkrieg“, weil auch die aktuellen öffentlichen Debatten darum kreisen. U. Büttner lässt zunächst einmal die deutschen Bombenangriffe auf Guernica, Warschau, Rotterdam, Coventry und London Revue passieren. Laut einer deutschen Denkschrift von 1937 ging es weniger darum, „die Arsenale der wirtschaftlichen Technik zu zerstören, als vielmehr (die Städte) zu entvölkern. (...) Die rücksichtslose Durchführung der Bombenangriffe (wird) in der Bevölkerung den Schrecken bis zur Panik steigern können.“

Die alliierten Bombardierungen hatten entgegen landläufiger Meinung durchaus einen militärischen Effekt, denn anders als im „Reich“ gelang es Hamburg nicht, den Rüstungsstand von vor 1943 wieder zu erreichen. Einer der Gründe dafür war die Flucht eines Teils der Belegschaften der Werften aus der Stadt. „Die Wirkungen der anglo-amerikanischen Bomberoffensive waren in Hamburg weit größer, als ihre Kritiker später meinten; aber sie waren nicht kriegsentscheidend.“

Außerdem hätten die alliierten Luftangriffe zu einem „Autoritätsverlust des Staates“ geführt, denn die Hamburger hatten „am eigenen Leib (...) die menschenverachtende Brutalität ihrer Führung“ erlebt. Eine „Bereitschaft zum politischen Umsturz“ habe es hingegen nicht gegeben, denn „dafür waren die Überlebenden des Großangriffs zu sehr von Entsetzen gelähmt und zu apathisch“. Darüber lässt sich trefflich streiten. Büttner ist zuzustimmen, dass „sich zunehmend die Ansicht durch(setzte),

dass ‚der Krieg verloren sei'" und die „staatliche Nachrichten- und Stimmungsmanipulation (...) an eine Grenze" geriet und mindestens Teile der Bevölkerung auf staatliche Anordnungen nicht mehr hörten. Insofern darf von einem Autoritätsverlust von Staat und Partei gesprochen werden. Daraus folgt m.E. aber nicht zwingend, dass die NS-Ideologie, der ganze Staat, schlagartig in Misskredit geraten wäre. Verzweiflung über die eigene Lage war fraglos verbreitet, eine sichtbare Abwendung von Staat und Partei ist nicht zu beobachten. Das kann, wie Büttner sagt, an der Apathie der Bevölkerung, aber auch an einer weiterhin bestehenden ideologischen Bindung an den NS-Staat liegen. Auch J. Szodrzynski meint, dass die wachsende Distanz zwischen Bevölkerung und Partei „keine grundsätzliche Abkehr vom Regime, sondern eher eine wachsende Enttäuschung über die betrogenen Hoffnungen und ein Zweifeln an der bis dahin von den meisten ‚Volksgenossen' als positiv beurteilten ‚Kosten-Nutzen-Rechnung'" zur Ursache hatte. Beide Thesen können anhand der bestehenden Quellenlage empirisch kaum bewiesen werden. Unbestreitbar ist allerdings, dass die Loyalität zum Regime mit der Niederlage erlosch, war der NS-Faschismus doch gleichsam militärisch widerlegt worden und bestand die einzige Zukunftschance für die deutsche Bevölkerung in einer Zusammenarbeit mit den Besatzungstruppen. *F* ■

Hamburg im „Dritten Reich", hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Wallstein Verlag, Göttingen 2005, 792 S., 29,90 Euro

PR-Päpste

„Wie kein anderer", liest man im Lexikon, hat Albert Oeckl „ein halbes Jahrhundert lang die deutsche Berufs- und Standesgeschichte der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations, PR) geprägt und an der Entwicklung der europäischen PR-Arbeit maßgeblich mitgewirkt." „PR-Papst" nennt das Munzinger Archiv deshalb den im Jahr 2001 verstorbenen Professor.

Oeckls Karriere verkörpert beispielhaft die Kontinuität, die Peer Heinelt der „Entwicklung der PR in Deutschland vor und nach 1945" insgesamt attestiert.

Oeckl, 1909 geboren, tritt 1933 der NSDAP bei und wird wenig später Mitarbeiter des Propagandaministeriums. Ab 1936 arbeitet er in der Berliner Zentrale des IG Farben-Konzerns. Während des Zweiten Weltkriegs ist er zunächst für die Psychologische Kriegführung der Wehrmacht tätig, 1941 geht er zum Reichsamt für Wirtschaftsaufbau und ist dort mit der Nutzung eroberter Rohstoffressourcen befasst. Auch die Rekrutierung von Zwangsarbeitern gehört zum Repertoire seiner Abteilung. Nach 1945 schlägt Oeckl sich zunächst als „freier Wirtschaftsberater" durch, übernimmt aber schon 1951 die Geschäftsführung und die Leitung der Pressestelle des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). 1958 ist er an der Gründung der Deutschen Public Relations Gesellschaft (DPRG) beteiligt, bis heute die berufsständische Organisation deutscher PR-Berater. 1961 kehrt Oeckl in die Chemie-Industrie zurück: Er wird PR-Chef der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF).

Am Beispiel der Biographie von Oeckl sowie der deutschen PR-Größen Carl Hundhausen und Franz Ronneberger tritt Heinelt dem Mythos entgegen, dem zufolge das Jahr 1945 die „Stunde Null" der deutschen PR sei. Das Gegenteil war der Fall. Ohne Probleme, schreibt Heinelt, konnte die Nachkriegs-PR bestimmte im Nationalsozialismus entwickelte Vorstellungen und Überlegungen in ihre Theorien integrieren. Die Ursache: Durch ihre Orientierung auf gesellschaftlichen Konsens und „Gemeinwohl" bot sich der PR-Theorie eine Schnittfläche mit der Gemeinnutz- und Volksgemeinschaftsrhetorik der NS-Ideologie. *jk* ■

Peer Heinelt: „PR-Päpste". Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger, Rosa-Luxemburg-Stiftung Manuskripte 37, Karl Dietz Verlag, Berlin

:ostritt

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hat das von der rot-grünen Bundesregierung geforderte „Netzwerk gegen Vertreibungen" Anfang September die Arbeit aufgenommen. Es heißt seit seiner offiziellen Gründung im Februar „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität" und befasst sich auf Drängen der polnischen Regierung nicht nur mit der Umsiedlung der Deutschen und anderen als „Vertreibung" klassifizierten Ereignissen, sondern auch mit der ehemaligen sowjetischen Hegemonie über Osteuropa. Es richtet sich also, zugespitzt formuliert, nicht nur „gegen Potsdam", sondern auch „gegen Jalta".

Das Netzwerk verfügt über ein Sekretariat in Warschau, ihm gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Polen, der Slowakei und Ungarn an. Die deutsche Seite wird von Mitarbeitern des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Oldenburg) vertreten, die in Warschau auch für die Umsetzung des gesamten Netzwerk-Konzepts zuständig sind.

Zu den ersten Projekten, die unter dem Dach des Netzwerks durchgeführt werden, gehört die Erarbeitung eines Lexikons über „Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung in Europa 1912-1999". Erste Entwürfe stellen die NS-Vernichtungspolitik in Ost- und Südosteuropa sowie die darauf folgende Umsiedlung der Deutschen als zwei „zeitlich-räumliche Komplexe von Flucht, Vertreibung, Zwangsaussiedlung und Integration" umstandslos nebeneinander und erklären beides zu Elementen eines angeblichen „Jahrhunderts der Vertreibungen". Eine maßgebliche Rolle bei dem Publikationsvorhaben, das mit Bundesmitteln gefördert wird, hat das Düsseldorfer Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa inne. Es wurde von 1991 bis 1996 mit einer Anschubfinanzierung des Berliner Bundesinnenministeriums ausgestattet und wird inzwischen von der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität weitergeführt.

Vom Netzwerk realisiert werden soll auch die Übersetzung eines Begleitbuches zu der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration", die noch in diesem Jahr im Bonner Haus der Geschichte eröffnet wird. Damit lässt sich die staatsoffizielle Berliner Sicht auf die Thematik auch den Bürgerinnen und Bürgern der von deutschen Ansprüchen betroffenen Nachbarstaaten nahebringen. Die Realisierung der Übersetzung soll vom Warschauer Sekretariat des „europäischen" Netzwerkes organisiert werden. *jk* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Droht eine Währungsreform?

Junge Freiheit Nr. 37/05 vom 9. September 2005

JF-Autor *Bernd-Thomas Ramb* kündigt an, wie die Rechte den Euro wieder los werden kann: Nachdem er aufzeigt, dass aus seiner Sicht in absehbarer Zeit mit einer Währungsreform zu rechnen ist, weil anders die Staatsverschuldung nicht abgebaut werden könne, kündigt er an: „Wie schnell die Abschaffung des Euro mit massiver Staatsentschuldung eintreten wird, hängt nicht zuletzt von der Geduld der Jungen ab, für die von Alten verursachten Schulden geradezustehen. Verbunden mit der steigenden Belastung immer weniger junger Erwerbstätiger, für immer mehr Rentner den Lebensunterhalt zu erwirtschaften, dürfte sehr schnell ein revolutionäres Widerstandsniveau erreicht sein.“ In derselben Ausgabe veröffentlicht der Bund der Konservativen, dem Ramb angehört, eine ganzseitige Anzeige zum selben Thema und fordert in der Anzeige auf, CDU oder CSU zu wählen – gar nicht oder NPD zu wählen, sei falsch. *uld* ■

Gauweiler trommelt für die Unionsparteien

Junge Freiheit Nr. 38/05 vom 16. September 2005

Nach der Anzeige in der letzten Ausgabe erhält in dieser Ausgabe der CSU-Bundestagsabgeordnete *Peter Gauweiler* Gelegenheit, in einem zweiseitigen Interview kurz vor der Bundestagswahl darzustellen, warum die Unionsparteien auch für die Rechte wählbar ist, nachdem er erst erläutert hat, was die zukünftige Aufgabe der „Linkspartei.“ aus seiner Sicht sein soll: „Als wirkliche Alternative zu SPD und Grünen ist die Linkspartei dann ‚etabliert‘, wenn sie das Zuwanderungsproblem von links als das Problem gerade der kleinen Leute auf den Punkt bringt.“ Auf die Frage: „Dafür gibt es allerdings keine Anhaltspunkte. Die Linkspartei hat sich für Lafontaines ‚Fremdarbeiter‘-Äußerungen entschuldigt und vertritt in ihrem Programm genau die gegenteilige Politik.“ antwortet der CSU-Politiker: „Das stimmt. Aber der Anhaltspunkt liegt in der Person des früheren SPD-Vorsitzenden, und Sie fragen mich ja nach der Zukunft dieses ‚Phänomens0145. Doch den Hauptteil des Interviews widmet Gauweiler und das Blatt der Frage, ob die Unionsparteien konservativ und rechts genug sind, um für das Leserpublikum des Blattes wählbar zu sein. Das Blatt fragt: „Wird die Etablierung der Linkspartei nicht auch fast zwangsläufig die Frage der fehlenden parlamentarischen ‚Rechtspartei‘ neben CDU und CSU aufwerfen?“ und Peter Gauweiler erklärt: „Wie soll diese Partei denn aussehen? Wie die NPD? Oder wie die Leute von Le Pen? Oder wie die Südstaaten-Republikaner, die angeblich gleichzeitig beten und hassen können? Ihre Frage wird ja seit Jahrzehnten ‚aufgeworfen‘. Dass die Antworten bisher immer unbrauchbar waren, liegt daran, dass das, was ‚Rechts-sein‘ im Kern ausmacht – Ordnung, Differenz, Distanz – durch die christlichen Unionsparteien, trotz all ihrer Schwächen, im Prinzip dargestellt wird. Nicht durch einzelne ‚Stahlhelmer‘, sondern als Bestandteil ihrer Gesamtidee. Das ist in Europa eigentlich sonst nur der französischen RPR des General de Gaulle gelungen. Allerdings hatte diese als Partei nicht so lange Bestand wie die CDU/CSU. ...JF: Sie empfehlen also nicht nur als Unionspolitiker, sondern auch als Rechter oder Konservativer allen Ernstes, Angela Merkel zu wählen? Gauweiler: Bingo! Ich kann mich ja nicht aufspalten. Und ich traue Angela Merkel die notwendige Festigkeit des Herzens zu. Es ist auch nicht unspannend, wenn die Deutschen – zum ersten Mal seit Maria Theresia – wieder von einer Frau regiert werden.“ *uld* ■

Asylamts-Leiter im „DNZ“-Interview

ÖSTERREICH/SALZBURG. Im vergangenen Jahr hatte der stellvertretende Leiter der Außenstelle Salzburg des österreichischen Bundesasylamtes, Hermann Winkler, ein Buch mit dem Titel „Asylconnection – Es ist fünf nach zwölf“ veröffentlicht, das in rechten Kreisen begierig aufgenommen wurde. Erst kürzlich wurde Winkler zu einem Vortrag in den rechten Wiener „Club3“ eingeladen. Nun hat der Mitarbeiter des Österreichischen Bundesamtes der „Deutschen National-Zeitung“ des Verlegers und DVU-Chefs Gerhard Frey ein Interview gegeben. Dort spricht er sich u.a. gegen eine Arbeitserlaubnis für Asylbewerber und für die Verringerung von Sozialleistungen aus. Auch die Inanspruchnahme von „teuren medizinischen Leistungen“ stellt Winkler dort in Frage. *hma* ■

Neo-Nazi-Aufmarsch in Athen

Ca. 80 Faschisten versuchten am Abend des 17.9.05 in der Innenstadt Athens zu demonstrieren. Das wurde durch eine massive Kampagne von Antifas und Anarchisten/innen erfolgreich unterbunden.

Als Reaktion auf das Verbot der griechischen Behörden und den massiven Protesten der ganzen Bevölkerung in der Region bzgl. des Hate-Festivals incl. Camp im Süden Griechenlands, hatte der Veranstalter des Hate-Festivals Chrisi Avgi (griechische Neonazi-Gruppe, Übersetzung: Goldener Sonnenaufgang) für den Samstag 17.9. eine Protestdemo in der Innenstadt Athens anberaumt.

Stattfinden sollte das Ganze in der Nähe des Polytechnikums (von hier ging in den 70er Jahren der Widerstand gegen die Diktatur los) und des Exarchia-Platzes (das Kreuzberg Athens!), also beides Orte aus der griechischen Widerstandsgeschichte.

Nach letzten Infos aus Griechenland hatten sich nur 70 Neonazis (auch NPD- und Fuerza Nueva-Leute) gesammelt, aber wurden von der Polizei daran gehindert loszulaufen, da alle Straßen und Plätze drum herum durch antirassistische und anarchistische Gruppen blockiert wurden.

www.de.indymedia.org ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507